

*Michael Schneider*

## Gewerkschaften und Emanzipation

*Methodologische Probleme der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung über die Zeit bis 1917/18\**

Angesichts des speziellen Zuschnitts der Themenstellung scheint es zunächst einmal erforderlich zu sein, den Begriff der Methodologie in seiner Bedeutung für die nachfolgenden Ausführungen zu bestimmen; dabei sei sogleich dem Eindruck entgegengewirkt, nun werde einem neuen Fach – der »Gewerkschaftsgeschichte« – das Wort geredet, dessen eigene methodologische Fundierung zu liefern Aufgabe dieses Beitrages sei. Methodologische Probleme sollen hier vielmehr in doppelter Hinsicht zur Sprache kommen: Zunächst wird es darum gehen, den Ort der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung innerhalb einer im Blick auf das Thema noch genauer zu bestimmenden Geschichtswissenschaft zu untersuchen – ein Problem, das sich der marxistisch-leninistischen Historie aus naheliegenden Gründen kaum stellt. Nach dieser eher wissenschaftstheoretisch orientierten Problemskizze (I) werden dann – unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsentwicklung in Deutschland – einzelne Spezialfragen der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung behandelt (II).

### *I. Geschichtswissenschaft als kritische Sozialwissenschaft*

Ohne den Methodenstreit der letzten hundert Jahre reflektieren zu wollen, sind doch ohne Zweifel einige Vorklärungen erforderlich, die den Rahmen der nachfolgenden speziellen Überlegungen zur Gewerkschaftsgeschichtsschreibung bestimmen. Es geht also zunächst nicht so sehr um Probleme der technischen Arbeitsweise des Historikers und der Darstellungsform, die primär unter dem Aspekt der Beschaffung und Auswertung von Quellenmaterialien, der Formulierung von Fragestellungen sowie der Kommunikation über Forschungsergebnisse konkretisiert werden müssen. Auch sollen hier nicht etwa – im Sinne einer allgemeinen Wissenschaftstheorie – die verschiedenen Arten von Definitionen, Gesetzen und Theorien einander gegenübergestellt und in ihrer grundsätzlichen Problematik sowie ihrer Bedeutung für die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung erörtert werden. Vielmehr geht es um Fragen einer speziellen Wissenschaftstheorie für die Geschichte als eine kritische Sozialwissenschaft, als deren Teil die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung zu betrachten ist. Allgemeine Zustimmung dürfte wohl die Feststellung finden, daß die herkömmliche Abgrenzung von erklärend-nomothetischen Natur- und Erfahrungswissenschaften einerseits und verstehend-ideographischer Geschichts- als Geisteswissenschaft andererseits heute nicht mehr in dieser Polarisierung aufrechtzuerhalten ist. So ist für die Geschichtswissenschaft kaum noch bestritten, daß sie von individuell- zu tendenziell allgemeingültigen Aussagen vorangeht, daß sie schon durch typologisierende Begriffsbildung zu generalisierenden Feststellungen gelangt, die sich jedoch wiederum der Überprüfung am einzelnen Gegenstand

---

\* Der hier vorgelegte Aufsatz bietet die überarbeitete Fassung meines Hauptreferats für die zweite Arbeitssitzung der 12. Linzer Konferenz (Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung) vom 14. bis 18. September 1976.

stellen müssen. Die strenge methodische Differenzierung von Natur- bzw. Erfahrungs- und Geisteswissenschaften geriet nicht zuletzt dadurch ins Wanken, daß sich die individualisierende Heuristik des Historismus als untauglich erwies, komplexe gesellschaftliche Strukturen zu beschreiben; denn durch den methodischen Zugriff wurden vielfach gesellschaftliche Institutionen, insbesondere Interessenverbände und Staat, zu »Kollektivindividualitäten« stilisiert, die wie Individuen »verstehend« zu erfassen seien<sup>1</sup>. Nicht zuletzt also wegen der Auffaltung des Forschungsbereichs in Richtung auf die Analyse überindividuell-struktureller Gegebenheiten sowie der damit verbundenen (partiellen) Übernahme der Fragestellungen und des forschungstechnischen Instrumentariums der traditionellen Sozialwissenschaften – zu denken ist z. B. an statistische Methoden der Demographie und Nationalökonomie – bot es sich an, die »neuere« Geschichts- als (kritische) Sozialwissenschaft zu bezeichnen, die – nach der ebenso griffigen wie anspruchsvollen Formulierung Hans-Ulrich Wehlers – durch »emanzipatorische erkenntnisleitende Interessen und klares Theoriebewußtsein, Verständnis für die historische Zeit und empirische Solidität« geprägt sein sollte<sup>2</sup>. In Übereinstimmung mit dieser programmatischen Erklärung wird die Geschichtswissenschaft also als eine Gesellschaftswissenschaft verstanden, mit deren Gegenstandsbestimmung – Gesellschaft – jedoch ein Objekt von so großer Komplexität und Vielfalt angesprochen wird, daß die Gesamtanalyse auch einer konkret-historischen Gesellschaftsordnung schon aus arbeitsökonomischen Gründen und zudem wegen der die Perspektive prägenden Standortgebundenheit des Historikers kaum von einem Einzelnen zu bewerkstelligen ist; eine Reduktion der Komplexität wird man darum in der Forschungspraxis in Kauf nehmen müssen.

Fallstudien allerdings bedürfen kaum der Legitimation aus dieser Erkenntnis, beschränkt sich doch deren Wert – Heinrich Volkmann hat darauf hingewiesen – in der Tat nicht nur auf die Zulieferung von Detailinformationen; denn derartige Untersuchungen sind – darauf wird noch zurückzukommen sein – »ereignis- und lebensnah, wo die zweifellos ebenfalls notwendige Reduktion der Vergangenheit auf Zahlen, Begriffe und Strukturen nur zu leicht in Gefahr gerät, die bereits zur Geschichte erstarrte Realität ein zweites Mal zu verlieren«. Schließlich bieten (regionale) Fallstudien in erhöhtem Maße die Möglichkeit, die Lebensverhältnisse gerade der »sprachlosen« Schichten zu schildern und diese wenigstens in der Rückschau zu Wort kommen zu lassen<sup>3</sup>. Mit dieser Bestimmung des Wertes von Fallstudien auch im Konzept einer gesamtgesellschaftlich orientierten Geschichtswissenschaft wird indirekt auf einen zentralen Begriff der oben zitierten programmatischen Erklärung Wehlers angespielt – auf die Frage der erkenntnisleitenden Interessen.

### 1. *Geschichtswissenschaft und Emanzipation*

Der Begriff der »erkenntnisleitenden Interessen« umschreibt – so Jürgen Habermas – die prinzipielle Einsicht, daß Wissenschaft ihren Antrieb fundamentalen Interessen verdankt; die Einstellungen auf technische Verfügung über Natur, auf lebenspraktische Verständigung mit den Mitlebenden sowie den vor und nach uns lebenden Generationen, auf Emanzipation von naturwüchsigen Zwang erscheinen als spezifische Gesichtspunkte, spezifische Interessen, unter denen die Realität als solche erst aufgefaßt werden kann, unter denen Erkenntnis erst möglich ist. Dabei gehe in den Ansatz der empirisch-analytischen Wissen-

1 Siehe Wolfgang J. Mommsen, *Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus*, 2., revid. Aufl., Düsseldorf 1972, S. 15.

2 Hans-Ulrich Wehler, Einleitung, in: *Geschichte und Soziologie*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln 1972, S. 11 – 31, S. 25.

3 Siehe Heinrich Volkmann, *Wirtschaftlicher Strukturwandel und sozialer Konflikt in der Frühindustrialisierung. Eine Fallstudie zum Aachener Aufruhr von 1830*, in: *Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme*, hrsg. von Peter Christian Ludz (= Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 16), Opladen 1972, S. 550 – 565, hier S. 552.

schaft ein auf Verfügung gerichtetes technisches, in den Ansatz der historisch-hermeneutischen Wissenschaft ein auf Verständigung gerichtetes praktisches und in den Ansatz kritisch orientierter Wissenschaften ein emanzipatorisches Erkenntnisinteresse ein<sup>4</sup>.

Auch wenn die von Habermas vorgenommene Parallelisierung von erkenntnisleitenden Interessen und Wissenschaftstypen in dieser Form nicht in der wissenschaftlichen Praxis realisiert wird, so kann doch – unter Vernachlässigung der sich hieran anschließenden Diskussion<sup>5</sup> – für eine sich als kritisch verstehende Geschichtswissenschaft daran festgehalten werden, daß sie gemäß ihrem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse nicht nur beschreiben, erzählen und erklären will, sondern historische Tatbestände – nicht zuletzt durch Kontrastieren faktischer Zustände mit alternativen Entwicklungsmöglichkeiten – zudem bewertet, sind diese doch selbst Produkte menschlichen wertgeleiteten Handelns. Dementsprechend wird hier davon ausgegangen, daß Werturteilsfreiheit historischer Darstellung eine Illusion sein dürfte; so ist das Offenlegen der Erkenntnisinteressen unumgänglich, um eine rationale Diskussion über Forschungsprozeß und -ergebnisse überhaupt zu ermöglichen. Hier scheint sich denn auch ein Ansatzpunkt für die Verknüpfung von kritischer Theorie und kritischem Rationalismus – über die Gräben des Positivismusstreits hinweg<sup>6</sup> – abzuzeichnen, gehen doch die Vertreter beider »Schulen« davon aus, daß auch Tatsachen-Aussagen bereits »Interpretationen im Lichte von Theorien« sind und (vor allem) daß sich wissenschaftliche Aussagen in möglichst herrschaftsfreier Gesprächssituation der intersubjektiven Kritik und Überprüfung stellen müssen<sup>7</sup>.

So sei hier auch vermerkt, daß gerade die in der marxistisch-leninistischen Auseinandersetzung mit der »bürgerlich-imperialistischen« oder »revisionistischen« Geschichtsschreibung vielfach benutzte stark schematisierte Sprache dazu führt, einerseits die der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft gestellten und noch nicht gelösten Probleme nurmehr in unterbelichteter Form auftreten zu lassen, andererseits aber die Bemühungen gerade auch bundesrepublikanischer Historiker um eine am noch näher zu bestimmenden Ziel der Emanzipation orientierte Historie allzuleicht in das Raster eines politisch diskreditierten Historismus oder Positivismus zu pressen<sup>8</sup>. Ebenso wie die marxistisch-leninistischen Historiker – nach Ernst Engelberg – »die Ergebnisse der mehr positivistisch ausgerichteten Wirtschafts- und Sozialgeschichte ausnutzen« oder auch »von der Technik der Quellenkritik oder der Beobachtungs- und Charakterisierungskunst mancher Vertreter des Historismus lernen« können<sup>9</sup>, ebenso sollte es dem »bürgerlichen« Historiker möglich sein, vom methodischen

4 Siehe Jürgen Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt 1968, S. 155 ff.

5 Siehe Roland Simon-Schaefer / Walther Ch. Zimmerli, *Theorie zwischen Kritik und Praxis. Jürgen Habermas und die Frankfurter Schule*, Stuttgart-Bad Cannstadt 1975, bes. die Beiträge von R. Simon-Schaefer, *Erkenntnisinteressen und Wissenschaftstypen* (S. 123 – 132) und: *Wissenschaftstheorie, Wissenschaftssoziologie und Gesellschaftstheorie* (S. 133 – 145).

6 Diese Verknüpfung scheint möglich zu sein, weil die Gegenüberstellung von Kritischer Theorie und Kritischem Rationalismus zumindest teilweise darauf basiert, daß nicht erkannt wurde, daß erstere primär politisch-inhaltlich, letzterer aber wissenschaftstheoretisch orientiert ist. Siehe dazu R. Simon-Schaefer, *Kritische Theorie versus Frankfurter Schule*, in: *Ders. / W. Ch. Zimmerli, Theorie zwischen Kritik und Praxis*, S. 177 – 181.

7 Siehe Georg Lührs / Thilo Sarrazin / Frithjof Spreer / Manfred Tietzel, *Kritischer Rationalismus und politische Praxis*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APZ) Nr. 2 vom 15. 1. 1977*, S. 23 – 35, bes. S. 25 und 30.

8 Vgl. z. B. Ernst Engelberg, *Über Gegenstand und Ziel der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) XVI*, 1968, S. 1117 – 1145, S. 1119; Ernst Diehl, *Zu einigen Problemen und Aufgaben der Geschichtswissenschaft der DDR in der gegenwärtigen Etappe*, in: *ZfG XVII*, 1969, S. 1393 – 1402, S. 1394; Fritz Zimmermann, *Probleme und Methoden der Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Geschichtsschreibung in der Gegenwart. Tagung des Rates für Geschichtswissenschaft*, in: *Beiträge zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (BZG) 17*, 1975, S. 1099 – 1104, S. 1099.

9 Ernst Engelberg, *Über Theorie und Methode in der Geschichtswissenschaft*, in: *Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft. Beiträge zu ihrer Theorie und Methode*, hrsg. von Ernst Engelberg, Köln 1972, S. 11 – 31, S. 25.

Vorgehen der marxistisch-leninistischen Forscher zu lernen – auch auf die Gefahr hin, von diesen dafür umgehend eines subjektivistischen Eklektizismus geziehen zu werden<sup>10</sup>. Dieser Vorwurf, der insbesondere der »modernen westdeutschen Sozialgeschichte« gemacht wird<sup>11</sup>, mag sicherlich nicht ganz unberechtigt sein, wenn man an die überwiegende Zahl der neueren Forschungsarbeiten denkt; denn in der Tat besteht in der gegenwärtigen nicht-marxistisch-leninistischen Forschung die Gefahr, durch die Heranziehung von ad-hoc-Theorien kaum mehr als eine theoretische Ansatzbegründung zu leisten<sup>12</sup>. Es scheint inzwischen jedoch auch Beispiele dafür zu geben, daß man Elemente der Marxschen Methode der Gesellschaftsanalyse (z. T. unter Verknüpfung mit Ergebnissen der modernen Konfliktforschung) von den damit seitens der marxistisch-leninistischen Historie verbundenen Ansprüchen an die »Parteilichkeit für die Arbeiterklasse als Ausdruck historischer Objektivität« trennen kann; erinnert sei – um nur einige Beispiele zu nennen – an die Untersuchungen von Hans Rosenberg, Hans-Ulrich Wehler, Jürgen Kocka, Gerald D. Feldman und David Lockwood<sup>13</sup>.

Man mag gerne zugestehen wollen, daß die Geschichtswissenschaft im Blick auf die »revolutionäre Praxis der Arbeiterklasse« eine »den wirklichen Struktur- und Entwicklungszusammenhang adäquat widerspiegelnde Theorie und eine mit dieser wechselseitig verbundene Forschungs-Methode« braucht, »wenn sie einen namhaften Beitrag sowohl für die jeweilige Ausarbeitung strategischer und taktischer Leitlinien als auch für die Entwicklung des sozialistischen Geschichtsbewußtseins leisten soll«<sup>14</sup>. Eine derartige praktisch-politische Aufgabenzuweisung an die Geschichtswissenschaft kennzeichnet bei aller inhaltlichen Differenzierung, wie noch zu zeigen ist, tendenziell auch die hier vertretene Konzeption. Widerspruch wird sich jedoch insbesondere an der behaupteten Übereinstimmung von Objektivität des Geschichtsverlaufs selbst und der (parteilichen) Geschichtsschreibung entzünden<sup>15</sup>.

Diese Argumentation, in der – auf theoretischem Niveau – nicht davon ausgegangen wird, daß das parteiliche Interesse bereits völlig unabhängig von der Begründung durch die (Geschichts-)Wissenschaft den objektiven Gang der Geschichte richtig widerspiegeln<sup>16</sup>, ist dementsprechend nicht einfach mit der von Karl-Georg Faber gestellten rhetorischen Frage zurückzuweisen, warum der Historiker eigentlich versuche, vergangenes menschliches Geschehen zu rekonstruieren, »wenn er das unverfälschte Bild vom objektiven Gang der Geschichte im Großen ohnehin im Bewußtsein der fortschrittlichen Klasse der Gegenwart vorfindet«. Die Kriterien der Richtigkeit geschichtswissenschaftlicher Aussagen könnten demgemäß »nicht in der Übereinstimmung mit dem jeweils fortschrittlichen Interesse gesucht werden, da mit ihrer Hilfe erst entschieden werden soll, ob die interessengebundene

10 Vgl. zu den in Anm. 8 genannten Arbeiten auch *Georg Domin*, Wissenschaft und Wissenschaftsfortschritt in der Sicht bürgerlicher Sozialwissenschaften. Zur Kritik ihrer methodologischen Voraussetzungen, in: *Marxismus-Digest* 24, H. 4, Nov./Dez. 1975, S. 3 – 14.

11 Siehe z. B. – zugeschnitten auf die Arbeiten H.-U. Wehlers – *Heinz-Dieter Kittsteiner*, Theorie und Geschichte. Zur Konzeption der modernen westdeutschen Sozialgeschichte, in: *Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft* II (= *Das Argument* 75, Sonderbd.), Okt. 1972, S. 18 – 32.

12 Siehe *Dieter Groh*, Kritische Geschichtswissenschaft in emanzipatorischer Absicht. Überlegungen zur Geschichtswissenschaft als Sozialwissenschaft, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, S. 16 f.

13 *Hans Rosenberg*, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967; *Hans-Ulrich Wehler*, Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, Göttingen 1973 (vgl. dazu die Diskussion von *Thomas Nipperdey* und *Volker R. Berghahn*, in: *Geschichte und Gesellschaft* [GG] 1, 1975, S. 539 – 560 bzw. 2, 1976, S. 125 – 136); *Jürgen Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1918, Göttingen 1973; *Gerald D. Feldman*, Army, Industry and Labor in Germany: 1914 – 1918, Princeton 1966; eher theoretisch orientiert: *David Lockwood*, Soziale Integration und Systemintegration, in: *Theorien des sozialen Wandels*, hrsg. von *Wolfgang Zapf*, 3. Aufl., Köln/Berlin 1971, S. 124 – 137.

14 *E. Engelberg*, Über Theorie und Methode, a. a. O., S. 24.

15 Siehe z. B. *E. Engelberg*, Über Gegenstand und Ziel, a. a. O., S. 1143.

16 Siehe z. B. *Gerhard Brendler*, Zur Rolle der Parteilichkeit im Erkenntnisprozeß des Historikers, in: *Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft*, S. 108.

Erkenntnis wissenschaftlich akzeptabel ist oder nicht«<sup>17</sup>. Die eben angeführte Aufgabenzuweisung Engelbergs an die Geschichtswissenschaft macht jedoch deutlich, daß das fortschrittliche Bewußtsein – auch aus marxistisch-leninistischer Sicht – keineswegs als faktisch gegeben, sondern als Postulat verstanden sein will, das zu realisieren auch die Geschichtswissenschaft ihren Beitrag zu leisten aufgerufen ist<sup>18</sup>. Daß nicht zuletzt daraus der unangefochten hohe Stellenwert resultiert, der der Geschichtswissenschaft in der DDR zugewiesen wird, sei hier nur am Rande vermerkt.

Mit Blick auf die Forschungspraxis muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß das Postulat der Parteilichkeit angesichts der offenbaren Identifizierung mit den Zielen einer Partei sowohl die politische Fremdbestimmung der Historie als auch die Berufung auf angebliche Gesetzmäßigkeiten oder auch bloße Überzeugungen legitimiert und damit einer umfassenden und genauen Analyse zum Beispiel vergangener Klassenauseinandersetzungen im Wege steht<sup>19</sup>. So wird von der marxistisch-leninistischen Historie auch die zwar ebenfalls theoretisch behauptete Dialektik von objektivem und subjektivem Faktor in der Geschichte<sup>20</sup> dennoch bei der Darstellung kapitalistischer Verhältnisse zu sehr in Richtung auf die Dominanz des objektiven verschoben. Dies wird z. B. deutlich, wenn sich Dieter Fricke gegen das an der Arbeit von M. Rainer Lepsius<sup>21</sup> exemplifizierte Theorem vom sozio-kulturellen Milieu, bestehend aus einer komplexen Konfiguration wirtschaftlicher, weltanschaulicher und sozialer Faktoren, wendet und auf der Priorität der Klassenzugehörigkeit beharrt: »Neben grundlegenden Merkmalen, die das Wesen der Klassen bestimmen, gibt es noch eine Reihe aus ihnen abgeleiteter Kennzeichen. Dadurch können sich u. a. Unterschiede ergeben in den Lebensbedingungen und in der Lebensweise, in der sozialpolitischen Rolle in der Gesellschaft und in der sozialpolitischen Organisiertheit, in Bildung und Kultur sowie in der Ideologie und in der sozialen Psyche. Diese sekundären Klassenmerkmale sind letzten Endes ebenfalls ökonomisch determiniert. Daraus resultiert ihre relative Selbständigkeit«<sup>22</sup>. Unter diesem Aspekt, der hier allerdings leerformelhafte Züge anzunehmen droht, läßt sich doch die Determiniertheit kaum bei allen Verhaltensdispositionen konkret nachweisen, ist wohl auch die der politischen Aktivität des Menschen zugesprochene Bedeutung zu sehen, die dafür entscheidend sei, »welche der vielfältigen Entwicklungstendenzen gegenüber anderen zum Siege geführt wird«<sup>23</sup>.

Zudem als problematisch könnte – auch darauf hat Faber hingewiesen<sup>24</sup> – die Annahme gelten, nach der sich ohne weiteres in der Geschichte »die Resultate des Handelns mit den

17 *Karl-Georg Faber*, Objektivität in der Geschichtswissenschaft?, in: *Historische Objektivität. Aufsätze zur Geschichtstheorie*, hrsg. von *Jörn Rüsen*, Göttingen 1975, S. 9 – 32, S. 20 ff.

18 Siehe dazu *Heinz-Dieter Kittsteiner*, Bewußtseinsbildung, Parteilichkeit, dialektischer und historischer Materialismus. Zu einigen Kategorien der marxistisch-leninistischen Geschichtsmethodologie, in: *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (IWK)*, H. 4, Dez. 1974, S. 408 – 430; *Hans Georg Wolf*, Sozialistisches Geschichtsbewußtsein und Geschichtswissenschaft in der DDR. Wandlung und Differenzierung seit 1957, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU)* 28, 1977, S. 65 – 85.

19 Vgl. *H.-D. Kittsteiner*, Bewußtseinsbildung, a. a. O., S. 419 f.

20 Siehe z. B. *Hans Schleier*, Theorie der Geschichte – Theorie der Geschichtswissenschaft. Zu neueren theoretisch-methodologischen Arbeiten der Geschichtsschreibung in der BRD, Berlin – DDR 1975, S. 24; inwieweit Marx zu Unrecht die Annahme eines monokausal-deterministischen und einseitig ökonomistisch orientierten Verhältnisses zwischen Sein und Bewußtsein nachgesagt wird, kann hier nicht erörtert werden; siehe dazu *Herbert Kühr*, Ideologietheorie und Ideologiekritik, in: *APZ*, Nr. 2 vom 15. 1. 1977, S. 3 – 22, bes. S. 7.

21 *M. Rainer Lepsius*, Parteiensystem und Sozialstruktur. Probleme der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: *Die deutschen Parteien vor 1918*, hrsg. von *Gerhard A. Ritter*, Köln 1973, S. 56 – 80, bes. S. 67 ff. und S. 76 ff.

22 *Dieter Fricke*, Bürgerliche Parteien und werktätige Massen. Methodologische Probleme, in: *ZfG* XXV, 1977, S. 125 – 142, S. 138.

23 *Ebda.*, S. 126.

24 *K.-G. Faber*, Objektivität in der Geschichtswissenschaft?, a. a. O., S. 20 ff.

ihnen zugrundeliegenden Interessen und den daraus abgeleiteten Handlungszielen in objektiv einsehbarer Weise decken, kurz: das Postulat der Einheit von Theorie und Praxis«. Demgegenüber ist differenzierend zu beachten, daß »die Unanschaulichkeit der Intentionalität und die Alternativstruktur der Praxis« dafür verantwortlich sind, »daß Intentionen und Handlungen nicht eindeutig zugeordnet werden können«. Das heißt (so Jürgen Habermas): Der historische Zusammenhang geht nicht in dem auf, »was die Menschen wechselseitig intendieren«<sup>25</sup>. Zu bedenken ist also, daß Intention und Funktion menschlichen Handelns keineswegs unbedingt miteinander identisch sein müssen – ein Problem, das sich gerade für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Politik im Wilhelminischen Deutschland als bedeutend erweisen wird. Darüber hinaus sei nicht die lapidare Feststellung vergessen, daß »die Umstände ebensosehr die Menschen, wie die Menschen die Umstände machen«<sup>26</sup>. Für die Arbeit des Historikers folgt daraus, daß ein emanzipatorisches Erkenntnisinteresse keineswegs uneingeschränkt mit emanzipatorischer Praxis oder politischem Kampf gleichgesetzt werden kann. Dieter Groh unterscheidet denn auch – auf den Spuren von Habermas<sup>27</sup> – bei der Vermittlung von Theorie und Praxis drei Funktionen: »die kritische Theorie; die Organisation von Aufklärungsprozessen, in denen sie angewandt und überprüft werden kann; der politische Kampf. Dabei geht es einmal um wahre Aussagen, dann um wahrhaftige Einsichten, schließlich um kluge Entscheidungen«<sup>28</sup>. Das heißt, Kritische Theorie kann selbst schon als ein Element der praktischen Veränderung des gesellschaftlichen Bewußtseins und damit der Gesellschaft wirksam sein. Von daher ist der Einschätzung der Kritischen Theorie als »Theorie ohne Praxis«<sup>29</sup> nicht zuzustimmen, scheint doch der hier erhobene Anspruch zum Verhältnis von Theorie und Praxis durchaus realistisch die (beschränkten) Möglichkeiten gesellschaftlicher Wirksamkeit von Wissenschaft wiederzugeben.

Dieser allerdings relativierenden Beurteilung der Praxisrelevanz der Geschichtswissenschaft wird man sich bewußt sein müssen, wenn man daran geht, eine Konkretisierung für das Interesse an Emanzipation anzubieten, die nicht bei einer eher willkürlichen Setzung dieses Ziels stehenbleibt. Als emanzipatorisch könnte – so die Formulierung Arnold Sywotteks – »ein auf globales Überleben im Wohlstand aller Menschen gerichtetes, moralisch wie logisch gleichermaßen begründbares, erkenntnisleitendes Interesse« angesprochen werden<sup>30</sup>. Dabei erscheint das Interesse an Emanzipationsprozessen unter Berücksichtigung der »Fortschritte, die sich in den Industriegesellschaften im Hinblick auf die Befreiung des Menschen von naturhaften und gesellschaftlichen Zwängen bereits vollzogen haben«, auch als aus gegenwärtiger Vernunft legitimierbar<sup>31</sup>. Emanzipation bezeichnet also die Befreiung von Individuen und Gruppen aus ökonomischer, sozialer und politischer Abhängigkeit und damit die Befähigung zur Selbst- und kompetenten gesellschaftlichen Mitbestimmung.

25 Jürgen Habermas, *Zur Logik der Sozialwissenschaften*, Tübingen 1967, S. 30.

26 Karl Marx / Friedrich Engels, *Deutsche Ideologie*, in: MEW, Bd. 3, S. 38.

27 Jürgen Habermas, *Einige Schwierigkeiten beim Versuch, Theorie und Praxis zu vermitteln*. Einl. zur Neuausg. von *Ders.*, *Theorie und Praxis*. Sozialphilosophische Studien, 4. Aufl., Frankfurt 1971, S. 9 – 47.

28 D. Groh, *Kritische Geschichtswissenschaft*, S. 29 f. Vgl. zur Kritik: *Walter Schlangen*, *Von emphatischer Kritik oder den Merkmalen »kritischer« Wissenschaft in Politik und Geschichte*. Bemerkungen über zwei Neuerscheinungen, in: *Zeitschrift für Politik* 22, 1975, H. 3, S. 280 – 300, zu Groh: S. 288 – 300.

29 So R. Simon-Schaefer, *Theorie ohne Praxis*, in: *Ders./Zimmerli*, *Theorie zwischen Kritik und Praxis*, S. 147 – 164.

30 Arnold Sywottek, *Geschichtswissenschaft in der Legitimationskrise*. Ein Überblick über die Diskussion um Theorie und Didaktik der Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland 1969 – 1973 (= *Archiv für Sozialgeschichte* [AfS], Beiheft 1), Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 129.

31 Peter Dreitzel, *Theorielose Geschichte und geschichtslose Soziologie*. Über das gegenwärtige Verhältnis von Soziologie und Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte und Soziologie*, S. 37 – 52, S. 48.

Eine emanzipatorische Geschichtswissenschaft ist von daher zwangsläufig dadurch bestimmt, daß sie im Sinne historisch erarbeiteter Antizipation »die Gegenwart in die Zukunft hinein zu transzendieren« bemüht ist; diese »Antizipation wird gewonnen »aus der im historischen Prozeß immer weiter getriebenen Reflexion über menschenwürdige Möglichkeiten der Existenz im Kontext der objektiven Möglichkeit der Befriedigung des Bedürfnisses nach menschlicher und menschenwürdiger Existenz«<sup>32</sup>. Die Geschichtswissenschaft kann also im Interesse an emanzipatorischen Entwicklungsprozessen mit der Durchleuchtung von Widerständen und der Analyse von Durchsetzungsstrategien zur Vermehrung und praktischen Wahrnehmung von Realisierungschancen für Emanzipationsprozesse beitragen<sup>33</sup>. Theorie und Praxis sind in diesem Prozeß, wie gesagt, dadurch miteinander verbunden, daß eine »Rationalisierung der Geschichte [...] nur durch eine höhere Reflexionsstufe, ein in der Emanzipation fortschreitendes Bewußtsein handelnder Menschen befördert werden [kann]«<sup>34</sup>. Verklammert im Sinne einer Rückkoppelung muß also zumindest die Einleitung von Aufklärungsprozessen mit der Arbeit der Geschichtswissenschaft werden, der sich damit eine wichtige didaktische Aufgabe stellt<sup>35</sup>.

Global formuliert, scheint die Geschichtswissenschaft bzw. -schreibung dazu geeignet zu sein, Lehren aus der Vergangenheit zugänglich zu machen – und zwar (darauf hat Koselleck bereits hingewiesen<sup>36</sup>) auf mehreren Ebenen: »auf der Ebene kurzfristiger Handlungszusammenhänge und ihrer situationsbezogenen Moral, für die die Historie Erfahrungsmodelle liefert«; »auf der Ebene mittelfristiger Abläufe, aus denen sich Trends in die Zukunft extrapolieren lassen. Dann belehrt die Historie über Bedingungen möglicher Zukunft, ohne diese selbst zu prognostizieren«. Zum dritten auf der »Ebene metahistorischer Dauer, die deshalb noch nicht zeitlos ist. Hierhin gehört etwa Robert Michels' sozialpsychologische Analyse der sozialdemokratischen Parteien, um eine Regelmäßigkeit der Elitebildung abzuleiten – als vorbeugende Anweisung für politisches Verhalten«. Für alle drei Typen gilt jedoch, daß die »Lehre« von der möglichen Wiederholung vergleichbarer/ähnlicher Ereignisse durch den Nachweis einer ausreichenden Übereinstimmung der strukturellen Bedingungen abgestützt werden muß; da sich die Strukturen ändern, bedarf dieser Wandel – vor jedem Urteil – zunächst der Analyse. Das bedeutet, daß die Strukturen selbst – wie seit einiger Zeit gerade in der DDR hervorgehoben wird – nicht als invarianter Aspekt eines Systems, sondern durchaus dynamisch gesehen werden sollten: »Jede Struktur ist historisch entstanden und veränderlich, sie besitzt im Laufe der Entwicklung nur eine relative Konstanz«<sup>37</sup>. Festgehalten sei also, daß die Historie sowohl auf die Bedingungen möglicher Zukunft als auch auf die Grenzen möglicher Andersartigkeit der Zukunft verweist. Die Geschichtswissenschaft vermag also gerade durch die Strukturanalyse die Bedingungen alternativer Entwicklungsmöglichkeiten in der Vergangenheit, d. h. die Offenheit der jeweiligen historischen Situation, und die Möglichkeiten zukünftiger Entwicklung zu ermessen<sup>38</sup>.

32 Rolf Schörken, Impulse für die Geschichtsdidaktik, in: Neue Politische Literatur (NPL) 4, 1976, S. 443 – 447 mit Zitat aus Klaus Bergmann / Hans-Jürgen Pandel, Geschichte und Zukunft. Dialektische Reflexion über veröffentlichtes Geschichtsbewußtsein, Frankfurt 1975, S. 112 f.

33 Siehe H.-U. Wehler, Einleitung, in: *Geschichte und Soziologie*, S. 14.

34 Jürgen Habermas, Dogmatismus, Vernunft und Entscheidung. Zu Theorie und Praxis in der verwissenschaftlichten Zivilisation, in: *Ders., Theorie und Praxis*, S. 307 – 335, S. 328.

35 Vgl. A. Sywottek, *Geschichtswissenschaft*, S. 79.

36 Reinhart Koselleck, Darstellung, Ereignis und Struktur, in: *Geschichte heute*. Positionen, Tendenzen und Probleme, hrsg. von Gerhard Schulz, Göttingen 1973, S. 307 – 317, S. 315.

37 Helge Wendt, Bemerkungen zum Strukturbegriff und zum Begriff Strukturgesetz, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 14, 1966, S. 545 – 561, S. 548, zitiert nach Peter Christian Ludz, Der Strukturbegriff in der marxistischen Gesellschaftslehre, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 419 – 447, hier S. 437. Vgl. demgegenüber Winfried Schulze, Neuere »Einführungen« in die Geschichtswissenschaft, in: *GG* 2, 1976, S. 520 – 536, S. 534 f.

38 Siehe E. Engelberg, Über Gegenstand und Ziel, a. a. O., S. 1140 f.; Helmut Fleischer, *Marxismus und Geschichte*, 4. Aufl., Frankfurt 1972, S. 163 ff.

So empfiehlt sich bei der Unterscheidung zweier Grundtypen historischer Erkenntnisgegenstände folgende Begrifflichkeit: Struktur- und Entwicklungselemente einerseits und Ereignisse andererseits; Engelberg beschränkt erstere weitgehend auf den Bereich der »ökonomischen Gesellschaftsformation«, »in der die Menschen in geschichtlich konkret bestimmten Produktions- und Klassenverhältnissen handeln«; er erblickt demgegenüber die Ereignisse »im Handeln und Denken der Menschen, d. h. der von Klassen geprägten Volksmassen und Persönlichkeiten«<sup>39</sup>. So wie die Gesellschaftsformation jeweils in ihrer konkret historischen Form – d. h. das Verhältnis der Teilaspekte Ökonomie, Staat, Kultur usw. – analysiert werden muß, so sollte auch die These, nach der die Produktionsverhältnisse, die ihrerseits einem bestimmten Entwicklungsgrad der Produktivkräfte entsprechen, der grundlegende Bestandteil jeder Gesellschaftsformation sind, von Fall zu Fall präzisiert werden<sup>40</sup>.

Entsprechend der Dialektik von objektivem und subjektivem Faktor in der Geschichte bedingen auch Struktur- und Entwicklungselemente sowie Ereignisse einander; die Problematik ihres Verhältnisses wird dabei sowohl im Zusammenhang der verschiedenen Zeitebenen als auch der Darstellung von Bedeutung. Reinhart Koselleck hat jüngst darauf hingewiesen<sup>41</sup> – und das kann sehr wohl die Angaben Engelbergs ergänzen –, daß Strukturen generell »über den chronologisch registrierbaren Erfahrungsraum der an einem Ereignis Beteiligten hinausweisen. Während Ereignisse von bestimmbar Subjekten ausgelöst oder erlitten werden, sind Strukturen als solche überindividuell und intersubjektiv« (– wobei der Begriff der Intersubjektivität hier genauerer Klärung bedürfte). Während sich Ereignisse von daher zur chronologischen Gliederungsprinzipien unterliegenden Erzählung anbieten, fordern Strukturen und Entwicklungselemente die Beschreibung funktionaler Komplexe, deren prozeßhaft-dynamische Entwicklung, wie gesagt, keineswegs unterschätzt werden darf.

Gerade die Verklammerung beider genannter Teilaspekte stellt hohe Anforderungen an die Darstellungskraft des Historikers, soll nicht die Geschichtsschreibung an mangelnder Kommunizierbarkeit ihrer Ergebnisse dahinsiechen; traditionell biographisch-ereignisgeschichtliche Methoden haben auf diesem Gebiet ohne Zweifel einen Vorsprung; allerdings soll auch vor einer Überbewertung vor allem ästhetischer Gesichtspunkte gewarnt werden, besteht doch die Gefahr, allein durch den »Erzählstil« den Eindruck zu erwecken, sowohl Anfang als auch Ende einer Geschehensfolge ließen sich eindeutig bestimmen; auch Lücken der Kenntnis und Argumentation werden dadurch allzuleicht überdeckt<sup>42</sup>. Trotz dieser »Gefahren« ist indessen zu unterstreichen, daß das narrative Element in der Geschichtswissenschaft ebenso unaufgebar ist wie die Beschreibung struktureller Komplexe<sup>43</sup>. Die sprachliche Darstellungsform muß dabei der Tatsache Rechnung tragen, daß »beide Ebenen, der Ereignisse und der Strukturen, [...] aufeinander verwiesen [bleiben], ohne daß die eine in der anderen aufginge. Mehr noch, beide Ebenen wechseln ihren Stellenwert, das Verhältnis ihrer gegenseitigen Zuordnung, je nach dem, was erfragt wird«<sup>44</sup>.

Ergänzend ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, »daß die Vergangenheit unabhängig vom erkennenden Subjekt Strukturen besitzt – sozusagen weiche, keine von vornherein eindeutig harten, schnell aus der Sache selbst sich ergebenden, aber jedenfalls erkennbare,

39 E. Engelberg, Über Theorie und Methode, a. a. O., S. 12.

40 *Ebda.*, S. 12; vgl. dazu Jürgen Kocka, Zur jüngeren marxistischen Sozialgeschichte. Eine kritische Analyse unter besonderer Berücksichtigung sozialgeschichtlicher Ansätze in der DDR, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 491 – 514, hier S. 493 f. und 499 f.

41 R. Koselleck, Darstellung, Ereignis und Struktur, a. a. O., S. 308 f.

42 Siehe Hans Robert Jauss, Geschichte der Kunst und Historie, in: *Ders.*, Literaturgeschichte als Provokation, 2. Aufl., Frankfurt 1970, S. 208 – 251, S. 218 ff.; vgl. auch Peter Christian Ludz / Horst-Dieter Rönsch, Theoretische Probleme empirischer Geschichtsforschung, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 153 – 179, hier S. 169 ff.

43 A. Sywottek, Geschichtswissenschaft, S. 130.

44 R. Koselleck, Darstellung, Ereignis und Struktur, a. a. O., S. 310.

durch einen Pluralismus konkurrierender Interpretationen erschließbare [...]. Völlige Beliebigkeit – je nach der Vorentscheidung durch verpflichtende Wertbezüge – ist dadurch ausgeschlossen<sup>45</sup>. Daraus folgt also für die Arbeit des Historikers, daß die »historische Wirklichkeit dem Forscher die Begriffe, Modelle und Theorien ihrer Erforschung nicht eindeutig vor [schreibt], sondern [...] ihm einen allerdings begrenzten Spielraum der Ansatzwahl und Begriffsbildung [läßt]«; diese verschiedenen Ansätze führen zu »konkurrierenden, wenn auch nicht unvereinbaren, jeweils partiellen sowie ergänzungs- und revisionsbedürftigen Ergebnissen«, die sich in möglichst herrschaftsfreier Erörterung überprüfen lassen müssen<sup>46</sup>. Im Anschluß an die obigen Ausführungen zum Problem der Theorie-Praxis-Vermittlung sei darauf hingewiesen, daß der hier angesprochene Diskurs nicht notwendig eine freiheitliche Gesellschaftsordnung voraussetzt; vielmehr ist es eine der Aufgaben von Wissenschaft, zur Erhaltung bzw. Schaffung dieser Gesprächssituation durch bewußtseinsbildend-aufklärerische Arbeit beizutragen<sup>47</sup>.

## 2. Probleme der Theoriebildung

Die zweite der von Wehler in seiner oben zitierten programmatischen Erklärung erhobenen Forderungen an die Geschichtswissenschaft führt zur Frage nach der Rolle gesamtgesellschaftlicher Theorien, die eine Bestimmung des Stellenwerts des jeweiligen untersuchten Aspekts ermöglichen sollen. Diese Frage ist um so dringender zu klären, als der Gegenstand gesamtgesellschaftlicher Analysen nicht synthetisiert werden kann, sondern von einem Systemzusammenhang auszugehen ist, dessen theoretische Untermauerung es anzugeben gilt. Als Beispiel sei auf die Überlegungen Jürgen Kockas hingewiesen, der von einem theoretischen Bezugsrahmen für gesamtgesellschaftliche Analysen die Erfüllung folgender Aufgaben verlangt: 1. Selektionskriterien für wesentliche Quelleninformationen und zur Abgrenzung des Gegenstandes bereitzustellen; 2. Hypothesen zur Verknüpfung der untersuchten Wirklichkeitsbereiche anzubieten; 3. Hinweise auf angemessene Periodisierung zu geben; wenn der Bezugsrahmen diese Anforderungen erfüllt, dürfte er auch 4. begriffliche Instrumente für synchrone und diachrone Vergleiche zwischen verschiedenen Gesellschaftsordnungen bereitstellen; schließlich müßte 5. eine gesamtgesellschaftliche Theorie mit Teilbereichstheorien vereinbar sein sowie zu diesen hinführen<sup>48</sup>. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß derartige Theorien nicht nur Realität zu erklären, sondern zudem »prognostische« Möglichkeiten zu erfüllen in der Lage sein müßten<sup>49</sup>. Dieser Katalog von Anforderungen an die Theoriebildung sollte den Historiker nicht zuletzt davor bewahren, der bereits genannten Gefahr einer eklektizistischen Heranziehung von ad-hoc-Theorien zu erliegen; insonderheit geht es darum, mit Theorie nicht eindimensional die Ansätze »zur Erfassung und Rekonstruktion von Realität als von menschlichem Handeln abgelösten, ihm situativ vorgegebenen ›Datenkränzen‹, ›Sachzwängen‹, ›Situationen‹«<sup>50</sup> zu identifizieren; vielmehr wird man sich der bereits angesprochenen Interdependenz von Struktur- und Entwicklungselementen und Ereignissen bewußt sein müssen, der Vermittlung von objektivem und subjektivem Faktor in der Geschichte.

45 Hans-Ulrich Wehler, *Soziologie und Geschichte aus der Sicht des Sozialhistorikers*, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 72.

46 J. Kocka, *Zur jüngeren marxistischen Sozialgeschichte*, a. a. O., S. 505.

47 Vgl. dazu die Diskussion von R. Simon-Schaefer, *Theorie ohne Praxis*, a. a. O., bes. S. 163 und W. Ch. Zimmerli, *Was ist das eigentlich – Dialektik?*, ebda., S. 165 – 176, bes. S. 175.

48 Jürgen Kocka, *Sozialgeschichte – Strukturgeschichte – Gesellschaftsgeschichte*, in: *AfS* 15, 1975, S. 1 – 42, S. 37 f.

49 Vgl. dazu J. M. Bochenski, *Die zeitgenössischen Denkmethode*, 5. Aufl., München 1971, S. 11, und Karl-Dieter Opp, *Methodologie der Sozialwissenschaften. Einführung in Probleme ihrer Theoriebildung*, Hamburg 1972, S. 50.

50 So – in Kritik an Wehlers Theorieverständnis – A. Sywottek, *Geschichtswissenschaft*, S. 57 f. und bes. S. 77.

Eine – schon erwähnte – Grundproblematik der Theoriebildung ist dementsprechend die Klärung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik; die Behauptung eines Zusammenhanges, in dem der Ökonomie oftmals mittels einfacher Autoritätsberufung der Primat zugesprochen wird, kann hier nicht ausreichen. Gegen ein simples Basis-Überbau-Schema dürfte schon die Tatsache sprechen, daß sich kapitalistische Gesellschaftsordnungen mit durchaus unterschiedlichen Formen politischer Herrschaft entwickelt haben. Gerade aus der mit Ende des 19. Jahrhunderts zunehmenden Interventionstätigkeit des Staates zur Regulierung des Wirtschaftsablaufs wird deutlich, »daß immanente Tendenzen des Prozesses der kapitalistischen Entwicklung nicht notwendig als objektive hingenommen, sondern durch politische Entscheidungen auch konterkariert werden«. Allerdings zeigt sich gerade angesichts dieser Tatsache die Notwendigkeit, den Grad der Autonomie des politischen Systems unter dem Aspekt der Sicherung von sozialen Reformen und wirtschaftlicher Stabilität zu bestimmen. Dabei ist ohne Zweifel davon auszugehen, daß die wichtigste Bedingung für politisches Handeln in kapitalistischen Gesellschaftsordnungen die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ist<sup>51</sup>. Doch auch dafür gilt, daß der Grad der Einflußhöhe des wirtschaftlichen auf den politischen Bereich für die jeweilige historische Periode erst noch genau bestimmt werden muß.

Nun ist es sicherlich fraglich, ob die seit einiger Zeit in den bundesrepublikanischen Sozialwissenschaften diskutierten Theorien »mittlerer Reichweite« – von der Theorie wirtschaftlicher Wechsellagen bzw. Konjunkturen bis hin zu unterschiedlichen Faschismustheorien – den oben genannten Ansprüchen an die Theoriebildung überhaupt genügen wollen; sie scheinen sich vielmehr darauf zu beschränken, zur aspekthaften Strukturierung von Informationen beizutragen. So setzen derartige Theorien selbst implizit Theorien des sozialen Gefüges und Entwicklungsprozesses voraus, ohne daß dieser Bereich jedoch thematisiert würde<sup>52</sup>. Zumindest ansatzweise wird dies jedoch zu leisten versucht in den auf die Erfassung der gesellschaftlichen Makroebene ausgerichteten Theorien des sozialen Wandels, speziell den Modernisierungstheorien<sup>53</sup>. Vor allem am Bild der nordamerikanischen Gesellschaft des 20. Jahrhunderts und im Blick auf die Probleme der »Entwicklungsländer« der »Dritten Welt« wurden in den Modernisierungstheorien Indikatoren vorgestellt, die Bedingungen, Verlauf und Auswirkungen des Überganges von einer traditionellen zur modernen Gesellschaft als kumulativen Wandlungsprozeß erhellen sollen. Als problematisch dürfte nicht nur zu bewerten sein, daß als Maßstab der Modernität vielfach unbefragt die Gesellschaftsordnung der USA galt, sondern zudem, daß die einzelnen Indikatoren – von der Alphabetisierungsrate bis hin zur Wirtschaftsordnung<sup>54</sup> – nicht systematisch miteinander verknüpft wurden; dadurch blieben in konkreten historischen Untersuchungen – einmal abgesehen von den Problemen statistischer Genauigkeit – die Ursachen des Wandels, die Bedingungen der Dynamisierung der Struktur- und Entwicklungselemente, weitgehend ungeklärt. Im Sinne einer Prioritätensetzung wird man demgegenüber davon ausgehen

51 Joachim Bergmann / Gerhard Brandt / Klaus Körber / Ernst Theodor Mohl / Claus Offe, Herrschaft, Klassenverhältnis und Schichtung, in: *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft?* Im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hrsg. von Theodor W. Adorno. Verhandlungen des 16. Deutschen Soziologentages vom 8. bis 11. April 1968 in Frankfurt/M., Stuttgart 1969, S. 67 – 87, S. 68 ff.

52 Siehe H. Schleier, Theorie der Geschichte, S. 47 ff., bes. S. 51; vgl. auch Volker Rittner, Zur Krise der westdeutschen Historiographie, in: *Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft I. Kritik-Theorie-Methode*, hrsg. von Imanuel Geiss und Rainer Tamchina, München 1974, S. 62 ff.

53 Siehe dazu *Theorien des sozialen Wandels und Sozialer Wandel*, hrsg. von Theodor Hanf u. a., 2 Bde., Frankfurt 1975; Peter Flora, Modernisierungsforschung. Zur empirischen Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung, Opladen 1974 und *Ders.*, Indikatoren der Modernisierung. Ein historisches Datenhandbuch, Opladen 1975; Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975, der auch wichtige kritische Anmerkungen bietet.

54 Siehe das Dichotomien-Alphabet bei H.-U. Wehler, Modernisierungstheorie, S. 14 f.

können, daß die Ursachen sozialen Wandels zunächst in innovatorischen Änderungen der gesamten Produktionsstruktur, d. h. im Bereich der Arbeitskraft wie auch des technisch-organisatorischen Apparates, zu fassen sind. Dennoch sei nicht übersehen, daß die Theorien sozialen Wandels – ebenso wie modellhafte Theoreme wie das der Trennung von Staat und Gesellschaft oder der Auflösung des »ganzen Hauses« – bei der Strukturierung von Daten wertvolle Hilfe leisten können<sup>55</sup>.

Deutlicher gekennzeichnet durch eine tendenzielle Herabminderung der Bedeutung sozio-ökonomischer Faktoren für den Geschichtsverlauf ist die in den letzten Jahren breiter diskutierte Theorie der historischen Zeiten. Bereits Theodor Schieder vertrat die These, daß der Historiker in bezug auf die Entwicklung verschiedener gesellschaftlicher Teilbereiche zwischen nebeneinander herlaufenden »Zeiten« zu differenzieren habe, deren Verhältnis mit dem Begriff der Phasenverschiebung gekennzeichnet werden könne<sup>56</sup>. Dies weiterführend, kommt Reinhart Koselleck zu einer Theorie der geschichtlichen Zeit, deren Kernthese lautet, daß sich intersubjektive Zusammenhänge »nur temporal beschreiben [lassen]. Die Entsubstantialisierung unserer Kategorien führt zu einer Verzeitlichung ihrer Bedeutung«<sup>57</sup>. Hier scheint sich nun die Gefahr einer Auflösung der Dialektik von Struktur- und Entwicklungselementen einerseits und Ereignis andererseits anzudeuten; so wichtig die Differenzierung verschiedener Zeitebenen, das Aufsuchen der »Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen«, auch ist, so darf damit doch nicht das gesamtgesellschaftliche Bedingungsgeflecht als erschöpfend analysiert gelten. Von daher ist durchaus Wehler zuzustimmen, wenn er darauf beharrt, daß das Entscheidende gegenüber den zeitlichen Strukturen »die sozialen, ökonomischen, politischen Prozesse und ihr Inhalt« bleiben<sup>58</sup>.

Nach alledem scheint es, als könne sich – bezogen auf die gesamtgesellschaftliche Ebene – das Modell der »ökonomischen Gesellschaftsformation« durchaus als Ausgangspunkt der Analyse bewähren, wenn diese Theorie ihres deterministischen und eindimensionalen Zuges entkleidet wird<sup>59</sup>. Daß dies möglich ist, kann – für den Zeitraum der Herausbildung und Konsolidierung der Gewerkschaften – die von Rudolf Hilferding ausgearbeitete, von der SPD in der Weimarer Republik adoptierte und in jüngster Zeit von ihren aktuell-politischen Implikationen (z. T.) befreite Theorie des Organisierten Kapitalismus deutlich machen<sup>60</sup>. Jürgen Kocka hat den Versuch unternommen, die Indikatoren des Organisierten Kapitalismus zusammenzustellen, der sich in der Zeit von 1873 bis 1895 herausbildete und in den Jahren von 1895 bis 1914 durchsetzte: 1. Verstärkt durch ungleiches Wirtschaftswachstum und Konjunkturschwankungen zeigen sich Konzentrationstendenzen und Organisationsinteressen in wichtigen Industriezweigen und im Bankenwesen, wobei Finanz- und Industriekapital zunehmend miteinander verflochten werden. Mit dieser Entwicklung ist der Übergang von der freien Konkurrenz zu Produktions- und Verkaufsabsprachen verbunden. 2. Es entwickelt sich – parallel zur Bürokratisierung der Unternehmensführung – eine Trennung von Besitz und Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel. 3. Damit verbunden sind Verschiebungen der innerbetrieblichen Qualifikationsstruktur (bes. relative Zunahme der ungelerten Arbeiter sowie der Angestellten). 4. Es zeigen sich verstärkte Tendenzen zur Organisierung der Interessengruppen sowie 5. eine zunehmende Verknüp-

55 Siehe Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 25 f.

56 Siehe Theodor Schieder, Geschichte als Wissenschaft. Eine Einführung, 2., überarb. Aufl., München/Wien 1968, S. 77 ff.

57 Reinhart Koselleck, Über die Theoriebedürftigkeit der Geschichtswissenschaft, in: *Theorie der Geschichtswissenschaft und Praxis des Geschichtsunterrichts*, hrsg. von Werner Conze, Stuttgart 1972, S. 17 f.

58 Hans-Ulrich Wehler, *Geschichte als historische Sozialwissenschaft*, Frankfurt 1973, S. 18 f.

59 Dazu E. Engelberg, *Über Theorie und Methode*, a. a. O.; vgl. auch Anm. 157.

60 Siehe dazu *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, hrsg. von Heinrich-August Winkler, Göttingen 1974.

fung und Verflechtung der sozialökonomischen und staatlichen Sphäre, u. a. durch staatliche Wirtschafts- und Sozialinterventionen, die zur Stabilisierung der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse beitragen. Damit verbunden sind eine Ausdehnung der öffentlichen Verwaltung sowie eine Veränderung des Verhältnisses von Parteien, Interessenverbänden und Staat. 6. Mit zunehmender Expansions Tendenz steigt die internationale Konfliktgefahr<sup>61</sup>.

Diesen Indikatorenkatalog ergänzend, sei auf den Einwand Wehlers hingewiesen, nach dem die Entwicklung des Interventionsstaates keineswegs nur aus der Tendenz zum Organisierten Kapitalismus folge; diese müsse vielmehr auch als Resultat des »relativen Eigengewichts des Staates« gerade in Deutschland interpretiert werden, das auf vorkapitalistischen Traditionen basiere<sup>62</sup>. Pointiert zusammengefaßt, bedeutet das, daß der Staat »nur insofern er die Ökonomie ergänzt, [...] für sie instrumental sein [kann]«<sup>63</sup>. In dieser Richtung wird man auch die Aussagen Engelbergs interpretieren können, der – unter Berufung auf Marx und Engels – die relative Selbständigkeit des Staates hervorhebt. Daraus wird zu Recht die Notwendigkeit abgeleitet, die Rolle des Staates anhand der Bestimmung der jeweiligen Produktions- und Klassenverhältnisse, der Entwicklung staatlicher Machtmittel (Polizei, Heer, Verwaltung usw.) zu untersuchen<sup>64</sup>. Auch die Einwände Gerald D. Feldmans gegen die Theorie des Organisierten Kapitalismus seien nicht übersehen; er betont, diese Theorie sei zwar »flexibler und weniger tendenziös« als die des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, sei allerdings andererseits »so weitgefaßt«, daß sie »nahezu jegliche Bedeutung verliert«<sup>65</sup>. Diese Kritik mag als überspitzt gelten, wenn man berücksichtigt, daß diese Theorie deutlich auf die deutsche Entwicklung zugeschnitten ist, so daß sich internationale Vergleiche schon bei der Erprobung am Beispiel der französischen, italienischen und auch englischen Entwicklung<sup>66</sup> durchaus kompliziert gestalten. Diese Schwierigkeiten scheinen jedoch nicht die Vorteile des Indikatorenkatalogs zu überwiegen, der sich, wie die genannten Arbeiten zeigen, als Maßstab für Vergleiche durchaus als nutzbringend erwiesen hat.

Bereits in der Diskussion auf dem Historikertag 1972 wurde die Frage der Trennschärfe des Begriffs Organisierte Kapitalismus problematisiert: Gab es einerseits vor dem organisierten einen unorganisierten Kapitalismus, ist der Wettbewerb im Organisierten Kapitalismus wirklich vermindert – und nicht vielmehr nur auf eine »höhere« Ebene gehoben worden?<sup>67</sup> Schon daraus folgen Schwierigkeiten für die Periodisierung, die durch das im Indikatorenkatalog angesprochene Kriterium zunehmender Staatsinterventionen nicht erleichtert werden, nehmen diese doch erst mit der Durchsetzung der Instrumente einer antizyklischen Konjunkturpolitik vollends eine neue Qualität an. Unzureichend scheint zudem die

61 Jürgen Kocka, Organisierte Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen, in: *Organisierter Kapitalismus*, S. 19 – 35, bes. S. 27 ff.

62 Siehe *Organisierter Kapitalismus*, S. 36 f. und S. 31.

63 Dieter Groh, Überlegungen zum Verhältnis von Intensivierung der Arbeit und Arbeitskämpfen im organisierten Kapitalismus in Deutschland (1896 – 1914) (= Arbeitspapiere der Projektgruppe »Basisprozesse und Organisationsproblem« 11), Universität Konstanz, Fachgruppe Geschichte, Jan. 1976 (vervielf. MS.), S. 3 f. (unter Berufung auf Jürgen Habermas, Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt 1973, S. 74).

64 E. Engelberg, Über Gegenstand und Ziel, a. a. O., S. 1133 ff.

65 Gerald D. Feldman, Der deutsche Organisierte Kapitalismus während der Kriegs- und Inflationsjahre 1914 – 1923, in: *Organisierter Kapitalismus*, S. 150 – 171, S. 152.

66 Siehe Hans Medick, Anfänge und Voraussetzungen des Organisierten Kapitalismus in Großbritannien 1873 – 1914, in: *Organisierter Kapitalismus*, S. 58 – 83; Volker Sellin, Kapitalismus und Organisation. Beobachtungen an der Industrialisierung Italiens, ebda., S. 84 – 100; Gerd Hardach, Französische Rüstungspolitik 1914 – 1918, ebda., S. 101 – 116; Bernd Jürgen Wendt, War Socialism – Erscheinungsformen und Bedeutung des Organisierten Kapitalismus in England im ersten Weltkrieg, ebda., S. 117 – 149.

67 Siehe dazu die Diskussion schon in der Endphase der Weimarer Republik, z. B. den Beitrag von Anna Siemsen, Von Hilferding zu Tarnow, in: *Der Klassenkampf*, Nr. 14 vom 15. 7. 1931, S. 430 – 436.

Begründung dieses innerkapitalistischen Wandlungsprozesses zum Organisierten Kapitalismus zu sein; Ansätze einer solchen Ableitung finden sich erstmals bei Dieter Groh, der für das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts auf die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, d. h. auf die relative Zunahme des konstanten Kapitals hinweist<sup>68</sup>. Diese Argumentation ließe sich wohl mit den Ergebnissen der Finanzkapital-Analyse Rudolf Hilferdings abstützen<sup>69</sup>, bedürfte allerdings eines genauen historisch-konkreten Nachweises<sup>70</sup>.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden: Die Geschichts- als kritische Sozialwissenschaft soll gekennzeichnet sein durch die Integration analytisch-nomothetischer und hermeneutischer Verfahren, das Aufzeigen von Handlungsalternativen, die empirische und normative Rekonstruktion der geschichtlichen Situation, Ideologiekritik und kritische Distanz zum Status quo sowie Entschleierung des Scheins der Naturwüchsigkeit individueller und kollektiver Zwänge<sup>71</sup>; dazu gehört auch der Nachweis der »relativen, nicht absoluten Bedingtheit menschlichen Handelns durch Faktoren wie beispielsweise Klassenschichtung, Eigentumsverhältnisse oder Herrschaftsstrukturen«<sup>72</sup>. Vor allem in dieser Einschränkung der Determinierung menschlichen Handelns durch – im weitesten Sinne – ökonomische Faktoren wird man die Differenz zu der von Ernst Engelberg 1968 angebotenen Zielbestimmung der Geschichtswissenschaft erblicken können, der in ihrem Bemühen, den Emanzipationsprozeß der Menschheit zu konkretisieren, ansonsten durchaus zuzustimmen ist<sup>73</sup>. Auch wenn man davon ausgeht, daß Geschichte immer für die Gegenwart geschrieben wird und sich damit kaum Legitimationsansprüchen entziehen kann, so wird man doch – gerade mit Rücksicht auf die Bestimmung der Geschichts- als kritisch-emanzipatorischer Sozialwissenschaft – der legitimatorischen Affirmation des Status quo zu entgehen suchen. Das bedeutet: So hoch auch die Funktion der Geschichtsschreibung als kollektives Gedächtnis und damit als identitätsstiftende bzw. -erhaltende Kraft für Gruppen – wie die Gewerkschaften – zu veranschlagen ist, so sehr wird man sich bewußt sein müssen, daß mit der bereitwilligen Übernahme dieser Funktion vielfach die Gefahr einer Verengung der kritischen Perspektive und damit eine Beschränkung der historischen Aussagemöglichkeiten verbunden ist<sup>74</sup>.

Genau das ist dann auch der Punkt, an dem sich die Frage nach Stellenwert und Funktion der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung im Rahmen der Geschichtswissenschaft stellt, die offenbar erstmals im Jahre 1974 in größerem Kreis diskutiert worden ist<sup>75</sup>. Gerade die Geschichte der Arbeiterbewegung stand von Anfang an im Zeichen der Legitimation gegenwärtigen durch Aufweisen früheren politischen Handelns; erinnert sei an die Arbeiten von Eduard Bernstein, Otto Huë, Carl Legien und Siegfried Nestriepke, denen gemeinsam ist, daß ihre Autoren einen zwar unterschiedlichen, aber gleichermaßen dezidierten Standpunkt innerhalb der Arbeiterbewegung vertraten, so daß sie unter diesem Aspekt als historische

68 D. Groh, Überlegungen, S. 6 ff.

69 Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital. Eine Studie über die jüngste Entwicklung des Kapitalismus (1910), Frankfurt/Wien 1968.

70 Hinweise dazu bei Walther G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin/Heidelberg/New York 1965.

71 Nach D. Groh, Kritische Geschichtswissenschaft, S. 46 – 52.

72 W. J. Mommsen, Die Geschichtswissenschaft, S. 14.

73 E. Engelberg, Über Gegenstand und Ziel, a. a. O., S. 1143.

74 Siehe Jürgen Oelkers / Holger-Jens Riemer, Überlegungen zur Begründung einer kritischen Geschichtswissenschaft, in: *Ansichten einer künftigen Geschichtswissenschaft I*, S. 89 – 119, S. 114.

75 Siehe: *Zwischen Sozialgeschichte und Legitimationswissenschaft*. Protokoll einer Tagung über Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung in Frankfurt/M. (Nordweststadt) am 17. Februar 1974, in: *Jahrbuch Arbeiterbewegung 2: Marxistische Revolutionstheorien*, hrsg. von Claudio Pozzoli, Frankfurt 1974, S. 267 – 300; siehe auch: *Geschichte und Sozialwissenschaften*. Beispiel: Arbeiterbewegung (Diskussion vom 14. 12. 1974 in Zürich), in: *Jahrbuch Arbeiterbewegung 3: Die Linke in der Sozialdemokratie*, hrsg. von Claudio Pozzoli, Frankfurt 1975, S. 213 – 228.

Selbstdarstellung der Arbeiterbewegung aufzufassen sind<sup>76</sup>. Diese Autoren schnitten Themen an, die von der traditionellen Historie zunächst übergangen wurden, schienen sie sich doch auch dem herkömmlichen methodischen Zugriff zu entziehen<sup>77</sup>; entscheidend war jedoch wohl eher die politische Mißliebigkeit derartiger Themenstellungen. So waren es denn auch politisch-legitimatorische Interessen, die in der Bundesrepublik Deutschland dazu beitrugen, die Geschichte der Arbeiterbewegung Ende der 50er Jahre in den universitären Wissenschaftsbetrieb zu integrieren; es galt – wie Werner Conze es formulierte – den Monopolanspruch der DDR-Geschichtsschreibung auf die Deutung der Geschichte der Arbeiterbewegung zu brechen<sup>78</sup> – ein Anspruch, der ohne Zweifel ebenfalls nicht ohne legitimatorische Funktion vorgetragen wird<sup>79</sup>.

Doch auch den neueren – »bürgerlichen« wie marxistisch-leninistischen – Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung eignet zumeist eine Orientierung primär an der Entwicklung von Organisation und Ideologie der Arbeiterbewegung, was nicht zuletzt auf der darauf zugeschnittenen Historikerausbildung beruhen dürfte. Dabei wurde die Geschichte der Arbeiterbewegung zunächst (in der BRD) – handele sie doch von den »sozialen Bewegungen« – mit dem Bereich der Sozialgeschichte identifiziert, der in jüngster Zeit eine Erweiterung erfahren hat: Sozialgeschichte bezeichnet für eine ständig wachsende Minderheit von Historikern nicht mehr allein eine Sektorwissenschaft, die sich – ausgehend von der Einsicht in die geschichtsbeeinflussende Wirkung sozio-ökonomischer Faktoren – bemüht, entsprechende Fragestellungen in die politische Geschichte einzubeziehen, sondern sie ist inzwischen auf dem Wege zu einer dem Anspruch nach gesamtgesellschaftlich orientierten Geschichtswissenschaft. Auch wenn sich hier, wie noch auszuführen ist, das Problem einer Integration verschiedenster Forschungsbereiche stellt, so sei nicht übersehen, daß sich damit ein Prozeß vollzieht, der zahlreiche Berührungspunkte zur Entwicklung der marxistisch-leninistischen Historie aufweist.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist unter diesem Aspekt ein »Paradethema« für die Überprüfung dieses wissenschaftlichen Ansatzes, ist sie doch – das hat Kurt Klotzbach kürzlich hervorgehoben – »als Geschichte des Kampfes um Erringung und Sicherung ökonomischer, sozialer, politischer und kultureller Freiheitsrechte für die industrielle Arbeiterklasse [...] kein isoliertes Phänomen, sondern Teil eines auf Emanzipation und Demokratisie-

76 *Eduard Bernstein*, Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung. Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 3 Bde., Berlin 1907 – 1910 (Nachdruck: Glashütten 1972); *ders.*, Die Schneiderbewegung in Deutschland. Ihre Organisationen und Kämpfe, Bd. 1: Geschichte des Gewerbes und seiner Arbeiter bis zur Gründung des deutschen Schneiderverbandes [1888], Berlin 1913; *Otto Huë*, Die Bergarbeiter. Historische Darstellung der Bergarbeiterverhältnisse von der ältesten bis in die neueste Zeit, 2 Bde., Stuttgart 1910 und 1913; *Carl Legien*, Aus Amerikas Arbeiterbewegung, Berlin 1914; *Siegfried Nestriepke*, Die Gewerkschaftsbewegung, 2 Bde., Stuttgart 1921. Von den älteren Arbeiten seien noch hervorgehoben: *Emil Basner*, Geschichte der deutschen Schmiede-Bewegung, 2 Bde., Hamburg 1912; *Emil Kloth*, Geschichte des deutschen Buchbinderverbandes und seiner Vorläufer, Berlin 1910; *Fritz Paeplow*, Die Organisation der Maurer Deutschlands von 1869 bis 1899, Hamburg 1900.

77 Für die dennoch erschienenen Arbeiten siehe *Bibliographie des Socialismus und Communismus*, hrsg. von *Josef Stammhammer*, 3 Bde. (1893 – 1909), Neudruck: Aalen 1963/1964; *Johann Sassenbach*, Verzeichnis der in deutscher Sprache vorhandenen Gewerkschaftsliteratur, H. 1, 4. Aufl., Berlin 1910; H. 2 (Nachtrag) 1912.

78 *Werner Conze*, Der Beginn der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Geschichte und Gegenwartsbewußtsein*. Festschrift für Hans Rothfels zum 70. Geburtstag, Göttingen 1963, S. 324; vgl. auch *Wolfgang Schieder*, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. Jahrhundert, in: *NPL* 9, 1964, S. 323.

79 Siehe *Volker Ullrich*, Emanzipation durch Integration? Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung bis 1914, in: *Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft* II, S. 104 – 147; zu diesem Problemkreis siehe *Detlev Lehnert*, SPD-Geschichte im Grundsatzzstreit. Entwicklungsperspektiven der deutschen Sozialdemokratie in der historisch-politischen Literatur, in: *forum ds*, Jg. 2, 1977, H. 3, S. 148 – 179.

rung gerichteten gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesses«<sup>80</sup>. Mag die Arbeiterbewegung innerhalb dieses Prozesses auch die treibende Kraft sein, so wird man sich deshalb nicht mit einer Darstellung der Organisations- und Ideengeschichte begnügen können; zwar dürfte die historische Aufarbeitung von Strategie und Taktik, Arbeitskämpfpolitik und auch innerorganisatorischer Demokratie der Gewerkschaften auf aktuelles Interesse stoßen, doch wird man sich der begrenzten Aussagekraft solcher Analysen im Sinne der Übertragbarkeit ihrer Ergebnisse auf gegenwärtige Zustände bewußt bleiben müssen, die allerdings erst bei einer Einbettung der gewerkschaftlichen Entwicklung in die sozio-ökonomische und politische Zeitsituation ermessen werden kann. Von daher wird man die aktuell-politische Bedeutung der Gewerkschaftsgeschichte nicht nur für die unter privatkapitalistischen Bedingungen auf dem Wege der Industrialisierung befindlichen Länder der »Dritten Welt« erkennen; Gewerkschaftsgeschichtsschreibung als Teil der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung thematisiert exemplarisch Möglichkeiten und Restriktionsbedingungen gesamtgesellschaftlicher Emanzipationsprozesse. Daß die Geschichte kein übermenschlicher Prozeß, sondern den Menschen zur Gestaltung aufgegeben ist, wird gerade auf diesem Felde deutlich: »Es ist vielmehr der Mensch, der wirkliche lebendige Mensch, der das alles tut, besitzt und kämpft; es ist nicht etwa die ›Geschichte‹, die den Menschen zum Mittel braucht, um ihre – als ob sie eine aparte Person wäre – Zwecke durchzuarbeiten, sondern sie ist nichts als die Tätigkeit des seine Zwecke verfolgenden Menschen«<sup>81</sup>. Damit kann gerade die Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung, hier speziell der Gewerkschaften, exemplarisch das Konzept einer kritisch-emanzipatorischen Geschichtswissenschaft realisieren.

## II. Probleme der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung

Bevor wir uns speziellen Problemen der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung zuwenden, scheint es erforderlich zu sein, den Begriff der Gewerkschaften zunächst einmal grob zu klären<sup>82</sup>: Als Gewerkschaften sollen die von Staat und Unternehmerschaft unabhängigen und selbstbestimmenden organisierten Interessenvertretungen der Arbeit(nehm)erschaft bezeichnet werden, die – selbst direkt und indirekt durch die industrielle Produktionsweise herausgebildet – gegen ihre ökonomische, soziale und politische Unterprivilegierung kämpft; die Gewerkschaften sind also ein Teil der Arbeiterbewegung, zumeist der ursprüngliche, zumal sich in der gewerkschaftlichen Arbeit die Dominanz des Lohnsystems spiegelt, in dem der – dank der Vertragsfreiheit – äußerlich gleichberechtigte Arbeiter dem materiell überlegenen Arbeitgeber gegenübertritt, um seine Arbeitskraft zu verkaufen; dennoch können die Gewerkschaften keineswegs in ihrer Funktion auf ein »Verkaufskartell für Arbeitskraft« reduziert werden<sup>83</sup>, auch wenn zu betonen ist, daß das Prinzip des individuellen Arbeitsvertrages durch die kollektiven Tarifvertragsregelungen zumindest eingeschränkt wird, da dadurch die Konkurrenz zwischen den Arbeitern vermindert wird. Die Interessenübereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft findet zudem Ausdruck in der

80 Kurt Klotzbach, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1914 – 1945. Sozialdemokratie, Freie Gewerkschaften, Christlich-Soziale Bewegungen, Kommunistische Bewegung und linke Splittergruppen. Mit einer forschungsgeschichtlichen Einleitung (= AfS, Beiheft 2), 2., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 17.

81 Karl Marx / Friedrich Engels, Die heilige Familie, in: MEW, Bd. 2, S. 98.

82 Zu den folgenden Ausführungen vgl. Frank Deppe, Gewerkschaften, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft. Eine vergleichende Enzyklopädie, Bd. 2, Freiburg/Basel/Wien 1968, S. 1030 – 1065.

83 Siehe Th. van Tijn, A Contribution to the Scientific Study of the History of Trade Unions, in: International Review of Social History (IRSH), Vol. 21, 1976/II, S. 212 – 239 (lag als Sonderdruck der 12. Linzer Konferenz vor).

Solidarität, die sich insbesondere bei Arbeitskampfmaßnahmen zu bewähren hat und durch diese selbst eine Stärkung erfahren kann.

Diese grundsätzlichen Erläuterungen zum Begriff der Gewerkschaften dürfen indessen nicht zu der Annahme verführen, damit einen gewissermaßen allgemeingültigen Begriff gewonnen zu haben. Schon ein Blick auf die vielfältige Entwicklung der Gewerkschaften in verschiedenen Ländern Europas und auch in den USA macht deutlich, daß es sich hier nur um einen begrifflichen »Minimalkonsens« handeln kann, der einer vor allem auf nationale Unterschiede Rücksicht nehmenden historischen Verifizierung und Konkretisierung bedarf; denn, wie gesagt, es müssen Organisationsform, Programmatik und Praxis als ebenso von der jeweiligen ökonomisch-politischen Situation eines Landes geprägt wie diese selbst (mit) bestimmend begriffen werden. Nun soll hier keineswegs der Ansatz zu einer vergleichenden Gewerkschaftsgeschichte vorgelegt werden – zumal eine solche nach den eingangs aufgestellten Forderungen in die Analyse der jeweiligen (national-)gesamtgesellschaftlichen Bedingungen eingebettet sein müßte. Vielmehr sollen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen nationalen Gewerkschaftsentwicklung Hinweise zur Typenbildung, Periodisierung und Organisationsproblematik gegeben sowie Forschungslücken formuliert werden.

### 1. Probleme der Typenbildung

Gerade unter international vergleichendem Aspekt wird man die jeweils verschiedene Ausgangslage der gewerkschaftlichen Politik berücksichtigen müssen; dieses Problem sei hier im Blick auf die Typenbildung angesprochen. Allerdings kann dabei nicht einfach nach nationalen Gesichtspunkten typisiert werden; dazu war die Entwicklung – insbesondere auf dem Kontinent und speziell in Deutschland – zu differenziert. Nur für England und die USA wird man – im Blick auf Programmatik, Organisation und Praxis – zu einem uneingeschränkt national vorherrschenden Typenbegriff gelangen, dessen historische Basis hier skizziert sei.

#### 1.1 Der trade-unionistische/liberale Typus

Zunächst sei die Entwicklung der Gewerkschaften in England betrachtet, deren direkte Vorläufer – entsprechend der im Vergleich zum Kontinent früheren Industrialisierung – bis ins 18. Jahrhundert hineinreichen<sup>84</sup>; zu denken ist insbesondere an die bereits Mitte des 18. Jahrhunderts gegründeten Selbsthilfeorganisationen, deren Entwicklung durch den Combination Act der Jahrhundertwende zwar behindert wurde, nach dessen Aufhebung 1824 jedoch wieder weiter voranschritt<sup>85</sup>. In diese Zeit, in der auch die ersten Konsumgenossenschaften entstanden, fallen dann die ersten »eentlichen« Gewerkschaftsgründungen, die sich zunächst – wie die Verbände der Spinnereiarbeiter (1829), der Bauarbeiter (1832) usw. zeigen – auf die vorwiegend lokale Organisation von Facharbeitern beschränkten. Vorläufiger Endpunkt der gleichwohl zu verzeichnenden Zentralisierungstendenzen war die Gründung der Grand National Consolidated Trade Unions, von Gewerk- und Genossenschaften gebildet, die jedoch noch im Jahre der Entstehung – 1834 – unter der Belastung mehrerer regionaler Streikaktionen wieder auseinanderbrach.

84 Siehe zur Entstehungsgeschichte der britischen Gewerkschaftsbewegung das grundlegende Werk von *Sidney J. und Beatrice Webb*, Geschichte des britischen Trade Unionismus, 2. Aufl., Stuttgart 1906 und *dies.*, Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine, 2 Bde., 2. Aufl., Stuttgart 1906. Vgl. auch *E. P. Thompson*, The Making of the English Working Class, London 1963; *Michael Vester*, Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 – 1848, Frankfurt 1970; *G. D. H. Cole / R. Postgate*, The Common People, 4. Aufl., London 1949; *G. D. H. Cole*, A Short History of the British Working Class Movement, Vol. 1 – 3, London 1937. Vgl. zur Kurzinformation über den Forschungsstand *Günther R. Degen*, Zur Geschichte und Gegenwart der Gewerkschaftsbewegung in Großbritannien. Ein Literaturbericht, in: IWK, H. 4, 1976, S. 461 – 481.

85 Siehe dazu *Henry M. Pelling*, A History of British Trade Unionism, 2. Aufl., London 1972.

Neue Ansätze gewerkschaftlicher Organisation<sup>86</sup> zeigten sich – unter Verarbeitung der Lehren des Jahres 1834 – schließlich in der 1851 gebildeten Amalgamated Society of Engineers, deren Mitglieder – Maschinenbau-Facharbeiter – zu wöchentlicher Beitragszahlung verpflichtet waren; bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen stellte sich diese Facharbeitergewerkschaft auf den Boden der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse und verzichtete somit auf radikale politische Veränderungsforderungen<sup>87</sup>. Damit war diese Gewerkschaft wegweisend für die Grundlinie der englischen Gewerkschaftspolitik, die sich schließlich in den nach Einigung strebenden Gewerkschaften durchsetzte, die nach dem ersten Trade Union Congress (TUC) 1868 zunächst ein gemeinsames Sekretariat bildeten. Kennzeichnend für diese Phase der englischen Gewerkschaftsentwicklung blieb – wie die Gründung von Labour Representation League (1869) und Parliamentary Committee (1871) zeigte – die Ablehnung selbständiger politischer Organisationen für die Arbeiterschaft und die entsprechende Akzeptierung der vorgegebenen gesellschaftlichen und (partei-)politischen Verhältnisse, die sich in ihrer Reaktion auf die Ansprüche der organisierten Arbeiterschaft allerdings auch als flexibler als die kontinentalen erwiesen hatten; so wurden bereits 1871 die Gewerkschaften gesetzlich anerkannt<sup>88</sup>.

Ein gewisser Wandel der Gewerkschaftspolitik trat in der Zeit der wirtschaftlichen Depression nach 1875 ein; vor allem die verstärkt von der Krise betroffenen ungelerten Arbeiter aus Textilindustrie und Bergbau schlossen sich in z. T. nach dem Industrieverbandsprinzip gebildeten General Unions zusammen. Dieser New Unionism<sup>89</sup> – verstärkt wohl auch durch die mit den 80er Jahren zunehmenden Konzentrationstendenzen der Unternehmen – trug ohne Zweifel zur Politisierung der englischen Gewerkschaften insgesamt bei, d. h. beeinflusste in diesem Sinne auch die Facharbeitergewerkschaften des TUC, der dann 1899 das Parliamentary Committee damit beauftragte, die Frage einer eigenständigen parlamentarischen Vertretung der Arbeiterschaft im Gespräch mit Vertretern der Genossenschaften und »neuen« Gewerkschaften zu prüfen. Erfolg dieser Beratungen war die 1906 gegründete Labour Party, die damit deutlich später als die Gewerkschaften und zudem nur durch die Initiative und in Abhängigkeit von diesen gebildet wurde. Hier sind die Unterschiede zur Entwicklung etwa in Deutschland besonders augenfällig. Auch wird man sich bewußt sein müssen, daß die angesprochene Politisierung der englischen Gewerkschaftsbewegung keineswegs als Übernahme revolutionärer Zielsetzungen verstanden werden darf<sup>90</sup>.

In der Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Beginn des ersten Weltkrieges konsolidierte sich die englische Gewerkschaftsbewegung; sie umfaßte 1914 etwa 4,1 Millionen Mitglieder, die sich in zunehmendem Maße – zu denken ist an die Industrial Alliance von Berg- und Transportarbeitern (1915) – in größeren organisatorischen Einheiten zusammenfanden; dies mag, berücksichtigt man den zeitlichen Vorsprung der Industrialisierung und des Beginns der Gewerkschaftsbewegung etwa gegenüber Deutschland, als relativ spät erscheinen, kann jedoch vor dem Hintergrund einer sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts abzeichnenden Phasengleichung der industriellen Entwicklung erklärt werden. Ohne größere innerorganisatorische Auseinandersetzungen schlossen die englischen Gewerkschaften zu Beginn des ersten Weltkrieges einen »Burgfrieden« mit organisierter Arbeiterschaft und Re-

86 Siehe dazu bes. *Frances Elena Gillespie*, *Labour and politics in England 1850 – 1867*, London 1966.

87 Siehe bes. *James B. Jeffery*, *The Story of Engineers 1800 – 1945*, London 1945.

88 Siehe dazu bes. *W. Hamish Fraser*, *Trade Unions and Society. The Struggle for Acceptance 1850 – 1880*, London 1974; *John Lovell/B. C. Roberts*, *A Short History of the T. U. C.*, London 1968.

89 Siehe dazu *H. A. Clegg / Alan Fox / A. F. Thompson*, *A History of British Trade Unions Since 1889*, Vol. 1: 1889 – 1910, Oxford 1964, bes. S. 55 ff. Zu diesem Problemkreis siehe *Peter N. Stearns*, *The Unskilled and Industrialization. A Transformation of Consciousness*, in: *AfS* 16, 1976, S. 249 – 282, der zudem vergleichend Frankreich und Deutschland berücksichtigt.

90 Siehe *Clegg / Fox / Thompson*, *A History*, Vol. I, S. 215 ff. und 364 ff.

gierung, was auch ohne Zweifel keinen besonderen Bruch mit der programmatischen und politisch-praktischen Tradition der englischen Gewerkschaften bedeutete.

Zusammenfassend seien – zur Kennzeichnung des in England ausgebildeten Gewerkschaftstyps – nochmals die organisatorische Vielfalt, die starke Stellung der Gewerkschaften gegenüber der von ihnen gegründeten und (finanziell) abhängigen Partei sowie die insgesamt pragmatische Orientierung der gewerkschaftlichen Politik hervorgehoben. Letztere dürfte, wie gesagt, vor allem auf die relative Flexibilität des politischen Systems in England zurückzuführen sein, die trotz der sozio-ökonomischen Klassenspannungen zur grundsätzlichen Anerkennung des parlamentarischen Systems beigetragen hat. Daß die mit kolonialer Ausbeutung ermöglichte ökonomische und soziale »Privilegierung« großer Teile der Arbeiterschaft zur Herausbildung einer »Arbeiteraristokratie« geführt hat, wird nicht ohne Wirkung auf die Gestaltung der zu jener Zeit überdies unter starkem Einfluß der Facharbeiter stehenden gewerkschaftlichen Politik geblieben sein, scheint indessen als alleiniges Erklärungsmodell nicht voll befriedigen zu können; so wird damit z. B. nicht das »Stillhalten« der nicht zur Arbeiteraristokratie zu zählenden Arbeiter erklärt. Hierfür scheinen sozialpsychologische Analyseansätze erforderlich zu sein, die die Spiegelung von relativer Flexibilität des politischen Systems, von Selbstwerterhöhung durch Identifizierung mit imperialer Größe u. v. a. m. im Bewußtsein eben nicht nur der Arbeiteraristokratie zu untersuchen erlauben.

Als einzige außereuropäische Gewerkschaftsbewegung sei hier kurz die der USA betrachtet<sup>91</sup>, die deutliche Übereinstimmungen mit dem englischen Gewerkschaftstyp aufweist. Ebenfalls im Zusammenhang der fortschreitenden Industrialisierung entstanden in den USA – nachdem 1820 die Wahlrechtsbeschränkungen aufgehoben worden waren – örtliche Berufsgewerkschaften und »nationale« Facharbeiterverbände. Die spezifischen Bedingungen der USA – Binnenwanderung nach Westen, kulturelle und ethnische Differenzierung, ständiger Zustrom neuer Arbeitskräfte, industrielles Gefälle – begünstigten keineswegs die Ausbildung eines einheitlichen Klassenbewußtseins der Arbeiterschaft; eine besondere Rolle mag also auch hier die relative Flexibilität des politischen Systems sowie der ebenfalls relative Realitätsgehalt der Parole einer »offenen Gesellschaft« gespielt haben, in der der bereits »etablierte« (Fach-)Arbeiter dem Neankömmling vielfach das Bild der zu erwartenden Zukunft zu zeigen schien.

An dieser spezifischen Situation scheiterten insbesondere die Gewerkschaften, die – wie zum Beispiel die 1866 gegründete und 1872 wieder zerfallene National Labor Union – nach von europäischen Emigranten beeinflussten Organisationsschemata gebildet worden waren. Ebenfalls ohne dauerhaften Erfolg blieb die 1880 gegründete Einheitsgewerkschaft des sozial-revolutionär orientierten Noble Order of the Knights of Labor, die kaum über lokale Verbände hinausgedieh<sup>92</sup>. Den Durchbruch in der Gewerkschaftsbewegung der USA erzielte erst die 1886 gegründete American Federation of Labor (AFL), die sich in ihrer Programmatik von Klassenkampfgedanken und parteipolitischer Bindung distanzierte; ihre Arbeit konzentrierte sich – dem entspricht das Vorherrschen des Berufsverbandsprinzips – auf Arbeitsmarktkontrolle, die von der Mitsprache bei der Lehrlingsausbildung bis hin zur Durchsetzung von closed-shop-Bestimmungen ging und zum Ausschluß von Ungelernten und rassischen Minoritäten führte<sup>93</sup>. Die eher sozialistisch/syndikalistisch orientierte

91 Vgl. dazu grundlegend *John R. Commons*, *History of Labor in the United States*, New York 1921; *Selig Perlman*, *History of Trade Unionism in the United States*, New York 1950; *F. Rb. Dulles*, *Die Arbeiterbewegung in den USA. Geschichte der amerikanischen Gewerkschaften von ihren Anfängen bis heute*, Paderborn/Zürich 1956. Kurz und informativ: *Jeremy Brecher*, *Streiks und Arbeiterrevolten. Amerikanische Arbeiterbewegung 1877 – 1970*, Frankfurt 1975.

92 Siehe dazu besonders *Terence W. Powderly*, *Thirty Years of Labor*, Columbus 1889, S. 514 ff.

93 Siehe dazu die apologetische Arbeit von *Selig Perlman*, *Eine Theorie der Gewerkschaftsbewegung*, Berlin 1952, bes. S. 177 ff. sowie speziell: *Richard Herding*, *Job control and union struc-*

Opposition gegen diese pragmatisch bis elitäre Gewerkschaftspolitik des »Business Unionism« schloß sich in dem 1905 gegründeten Verband der Industrial Workers of the World und in der American Socialist Party zusammen, gewann aber – insbesondere nach 1912 – nur geringfügigen Einfluß z. B. innerhalb der Textil- und Bergarbeiterbewegung<sup>94</sup>. Auch in den USA bedeutete der Beginn des ersten Weltkrieges die Institutionalisierung der Integration der Gewerkschaften in die allerdings von vornherein anerkannten bestehenden Verhältnisse; brachte der Clayton Act (1914) noch eine Ausdehnung der gewerkschaftlichen Bewegungsfreiheit, so wurde auf der anderen Seite im selben Jahr das National War Labor Board – unter Einfluß von Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern – gebildet, in dem mitzuarbeiten auch hier keineswegs einen Bruch mit der vorherrschenden Gewerkschaftstradition bedeutete.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, daß es pragmatische Zielstrebigkeit auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse, verbunden mit nicht unbeträchtlicher Kampfbereitschaft zur Durchsetzung von sich innerhalb des Lohnsystems bewegenden Forderungen, sind, die den Typ der trade-unionistischen/liberalen Gewerkschaften kennzeichnen; hervorgehoben sei auch die berufsverbandliche Organisation, mit der Interessensolidarität durch Interessenidentität gesichert werden soll, die jedoch auch an berufsständischen Egoismus erinnert. Gedacht sei auch an die relativ starke Selbständigkeit der Trades Councils, die bis zum ersten Weltkrieg das Überwiegen lokalistischer Organisationsprinzipien anzeigen. Angemerkt sei das Fehlen einer vergleichenden Untersuchung der Trades Councils, Camere del Lavoro, Bourses du Travail und Ortskartelle.

Auch die Hirsch-Dünckerschen Gewerkvereine sind – mit deutlichen Abstrichen hinsichtlich der Militanz – diesem Typus der liberalen Gewerkschaften zuzurechnen, wobei zu klären wäre, wie sich dieser Typus auch in Deutschland hat ausprägen können; zumindest müßte die These von der relativen Flexibilität des politischen Systems, die für England und die USA als Voraussetzung für die Entwicklung des liberalen Typs angenommen wurde, dahingehend präzisiert werden, daß sie nur in Beziehung zur nationalen Vorherrschaft dieser gewerkschaftlichen Ausprägungsform gesetzt werden kann. Im Unterschied zu den Gewerkschaften Englands und der USA befanden sich die Hirsch-Dünckerschen Gewerkvereine im Schlepptau des politischen Liberalismus, dessen ideologische Ausrichtung noch zu Anfang der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts für fortschrittlich gesinnte Arbeiter die einzige Möglichkeit zu politischer Artikulation bot. Die Gründe für das Überleben der Gewerkvereine auch nach der Herausbildung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung sind noch nicht ausreichend geklärt; so sei schon hier auf Schwierigkeiten hingewiesen, die Perzeption des sozio-ökonomischen und politischen Gesamtsystems seitens der Arbeiterschaft zu rekonstruieren.

Als Spezifikum der Gewerkschaftstypisierung kann vor allem auch die Stellung zum Arbeitskampf betrachtet werden; die liberalen Gewerkschaften sehen im Streik ein durchaus legitimes, in Deutschland: allerdings allerletztes Mittel, ihren auf die Gestaltung des Arbeitsvertrages bezogenen Forderungen Nachdruck zu verleihen. Arbeit erscheint damit – im Unterschied etwa zur christlich-sozialen Ideologie – als Ware, deren Angebot unter bestimmten Bedingungen zurückgehalten werden darf.

---

ture. A study on plant-level industrial conflict in the United States with a comparative perspective on West Germany, Rotterdam 1972. Zur Geschichte der AFL siehe bes. P. S. Foner, *History of the Labor Movement in the United States. From the Founding of the American Federation of Labor to the Emergence of American Imperialism*, New York 1955.

<sup>94</sup> Zum Begriff des »Business Unionism« vgl. Robert F. Hoxie, *Trade Unionism in the United States*, 2. Aufl., New York 1926, S. 47; zu den Industrial Workers of the World siehe bes.: *Rebel Voices. An Industrial Workers of the World Anthology*, hrsg. von J. L. Kornbluh, Ann Arbor 1964, und P. S. Foner, *History*, Bd. 4: *The Industrial Workers of the World 1905 – 1917*, New York 1965.

### 1.2 Sozialistisch-syndikalistische Gewerkschaften

Repräsentativ für diesen Gewerkschaftstyp dürften die Gewerkschaften Frankreichs sein<sup>95</sup>, deren Entwicklung sich deutlich von der der englischen und nordamerikanischen unterschied. Nicht zuletzt wohl wegen der gegenüber England verspäteten Industrialisierung bildeten sich hier die ersten Gewerkschaften erst Mitte des 19. Jahrhunderts, insbesondere nach der vorsichtigen Einschränkung des im Jahre 1791 erlassenen Koalitionsverbots im Jahre 1864, durch die der Tatbestand des Koalitions- und Streikvergehens abgeschafft wurde. Nach der Aufhebung des Koalitionsverbots im Jahre 1884 erstarkte die französische Gewerkschaftsbewegung zusehends, deren programmatische Ausrichtung einerseits die Einflüsse des Blanquismus/Babouvismus bestimmten; andererseits hatten frühsozialistisch-anarchistische Ideen die Gründung der ersten Selbsthilfeorganisationen unterstützt, deren Tradition noch weiterwirkte. Kennzeichnend für die Phase des letzten Jahrzehnts vor der Jahrhundertwende war die Tendenz zur Bildung einer Föderation, die 1892 in der Zusammenfassung von 28 Gewerkschaftsverbänden, 18 Arbeiterbörsen und 126 nicht föderierten Gewerkschaften in der *Confédération Générale du Travail* (CGT) ihren Höhepunkt fand<sup>96</sup>. Diese Organisationsform entsprach – wie schon die starke Stellung der Arbeiterbörsen – der Zerstreuung der industriellen Arbeitsstätten und der starken berufsmäßigen Aufgliederung der organisierten Arbeiterschaft. Außerdem schlug sich darin – deutlich in der Charta von Amiens (1906) – auch der Einfluß revolutionär-syndikalistischer Ideen nieder, die sowohl jede zentralistische Organisation (wie in Deutschland) als auch jegliche politisch-parlamentarische Vertretung ablehnten. Für die Syndikalisten waren die Gewerkschaften die auf politische und ökonomische Ziele orientierte Einheitsorganisation, die durch direkte Aktion – Boykott und Streik – die sozialistische Revolution vorbereiten sollten<sup>97</sup>. Derartige Vorstellungen setzten sich jedoch nicht eindeutig gegen die eher marxistisch beeinflussten Kräfte durch, die 1905 die *Section Française de l'Internationale Ouvrière* (SFIO) gegründet hatten.

Auch die CGT bekannte sich unter dem Druck des Kriegsbeginns 1914 tendenziell zu einer staatsloyalen Position und trug damit nicht zuletzt dazu bei, daß die Gewerkschaften einerseits vom Staat als legitime Interessenvertreter anerkannt wurden, daß andererseits ein Spaltungsprozeß eingeleitet wurde, an dessen Ende sich – nach der Spaltung der Sozialisten auf dem Kongreß in Tours (1920) – die kommunistisch orientierte *Confédération Générale du Travail Unitaire* (CGTU) im Jahre 1921 von der CGT löste und die Führungsrolle der 1920 gegründeten *Parti Communiste Française* anerkannte. Vermerkt zu werden verdient zudem, daß ebenfalls nach dem Kriege (1919) die *Confédération Française des Travailleurs Chrétiens* gegründet wurde, die die seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts entstandenen Christlichen Gewerkschaften zusammenfaßte<sup>98</sup>.

Nur ergänzend sei zumindest erwähnt, daß auch die italienische Gewerkschaftsbewegung

95 Vgl. grundlegend: *Georges Weill*, *Histoire du mouvement social en France 1852 – 1924* (1924), Nachdruck: Aalen 1973; *Jean Montreuil*, *Histoire du Mouvement Ouvrier en France*, Paris 1946; *Eugen Naef*, *Zur Geschichte des französischen Syndikalismus*, Zürich 1953; *Jean Bron*, *Histoire du mouvement ouvrier français, I: Le droit à l'existence. Du début au XIXe siècle à 1884*, Paris 1968, II: *La contestation du capitalisme par les travailleurs organisés (1884 – 1950)*, Paris 1970; *Val R. Lorwin*, *The French Labor Movement*, Cambridge/Mass. 1966.

96 Vgl. bes. *Paul Louis*, *Histoire du mouvement syndical en France (1789 – 1910)*, 3. Aufl., Paris 1920 und *Jean Bruhat/Marc Piolat*, *Esquisse d'une histoire de la C. G. T. (1895 – 1965)*, Paris 1966.

97 Siehe dazu bes. *Robert Goetz-Girey*, *La pensée syndicale française. Militants et théoriciens*, Paris 1948; *Georges Lefranc*, *Le syndicalisme en France*, 6. Aufl., Paris 1968. Siehe auch *Michelle Perrot*, *Les ouvriers en grève. France 1871 – 1890*, 2 Bde., Paris / La Haye 1974 und *Edward Shorter / Charles Tilly*, *Strikes in France 1830 – 1968*, London / New York 1974.

98 Siehe dazu *H. Rollet*, *L'action sociale des catholiques en France, 1871 – 1901*, Paris 1948, und *P. Delon*, *Le Syndicalisme Chrétien en France*, Paris 1965.

unter starkem syndikalistischen Einfluß stand<sup>99</sup>; erst nach Bildung des Königreichs wurden hier die ersten Gewerkschaften gegründet (1860/61), die sich schließlich 1906 mit den vor allem im Süden des Landes dominierenden Camere del Lavoro (lokale Arbeitsbörsen) in der Confederazione Generale del Lavoro Italiano zusammenschlossen, bis sich bei Abspaltungen im Jahre 1911 sowohl katholische als auch syndikalistische Verbände bildeten. Auch die Gewerkschaften Spaniens zeigten deutlich anarcho-syndikalistische Einflüsse und lehnten dementsprechend zentralisierte Organisation und parlamentarische Taktik mittels einer Arbeiterpartei zur Erringung der Staatsmacht ab, befürworteten vielmehr die direkte Aktion der Arbeiterschaft als revolutionäre Tat.

Zusammenfassend seien die Unterschiede von syndikalistischen und den als dritten Typus zu betrachtenden sozialdemokratisch-integrativen Gewerkschaften – am Beispiel der deutschen – hervorgehoben: Zunächst zu denken ist an die Einschätzung der Rolle des Streiks, der von beiden Richtungen grundsätzlich befürwortet wird, dessen politische Dimension jedoch – blickt man auf die jeweils vorherrschenden Stellungnahmen – durchaus verschieden beurteilt wurde; während die auf dem Boden der Sozialdemokratie gewachsenen Gewerkschaften den Massenstreik als politisch-revolutionäres Kampfmittel ablehnten, wurde er von den Syndikalisten als Hauptkampfmittel, als elementarer Ausdruck des Arbeiterwillens propagiert. Es sei jedoch darauf hingewiesen, daß die Klassifizierung von Arbeitskämpfmaßnahmen als politisch oder rein wirtschaftlich gerade angesichts der z. T. unzureichenden oder auch je nach Interessenposition widersprüchlichen Angaben nicht ganz einfach ist. Zudem dürfen Streikaktionen nicht zu eng von der jeweiligen Zielvorstellung der Streikenden her interpretiert werden, sondern es ist darauf hinzuweisen, daß von jedem Arbeitskampf eine politisierende und solidarische Wirkung ausgehen kann, deren Stärke jedoch nach dem jeweiligen wirtschaftlichen und politischen Umfeld differiert. Auch hinsichtlich der Stellung innerhalb der Arbeiterbewegung unterscheiden sich diese beiden Ausprägungen von Gewerkschaften zumindest tendenziell voneinander; während sich die Freien Gewerkschaften von vornherein als Teil einer Bewegung, d. h. der Partei, unter- oder nebenordneten, verstanden sich die syndikalistisch beeinflussten Gewerkschaften zunächst als unmittelbare Klassenkampforganisationen; daß dies jedoch für die Zeit des Organisierten Kapitalismus nur mit Abstrichen gelten kann, ist zumindest angedeutet worden. Erinnerung sei schließlich noch an die Ablehnung der insbesondere von den deutschen Freien Gewerkschaften angestrebten Zentralisierung seitens der syndikalistischen Gewerkschaften.

### 1.3 Sozialdemokratisch-integrative Gewerkschaften

In Deutschland entwickelten sich wie in den bereits angesprochenen Ländern ebenfalls im Zuge der Industrialisierung und der damit verbundenen Herausbildung der Arbeiterklasse

<sup>99</sup> Siehe dazu R. Hostetter, *The Italian Socialist Movement*, Bd. 1: Origins (1860 – 1882), Princeton/N. J. 1958; H. C. Gualtieri, *The Labor Movement in Italy, 1848 – 1904*, New York 1946; Joseph LaPalombara, *The Italian Labor Movement: Problems and Prospects*, Ithaca/N. Y. 1957. Vgl. auch Volker Hunecke, Die neuere Literatur zur Geschichte der italienischen Arbeiterbewegung, Teil 1: Von den Anfängen bis zum Vorabend des ersten Weltkrieges, in: AfS XIV, 1974, S. 543 – 592. Begrüßenswert die Ansätze zu vergleichender Forschung: Heidrun-Ute Hesse, Die sozialistische Arbeiterbewegung in Italien und Deutschland von 1870 bis 1920. Seminar des italienisch-deutschen Historischen Instituts in Trient vom 6. bis 11. September 1976, in: IWK, H. 4, 1976, S. 482 – 484.

<sup>100</sup> Für die Zeit vor 1844 gibt es bisher kaum Detailuntersuchungen; vgl. jedoch *Zur Frühgeschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 1800 – 1849*, hrsg. von Elisabeth Todt / Hans Radandt, Berlin – DDR 1950; Richard Tilly, *Popular Disorders in Nineteenth-Century Germany. A Preliminary Survey*, in: *Journal of Social History* IV, 1970/71, S. 1 – 40; Wolfgang Schieder, *Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung. Die Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der Julirevolution von 1830*, Stuttgart 1963; Karl Birker, *Die deutschen Arbeiterbildungsvereine 1840 – 1870*, Berlin 1973, und Dieter Dowe, *Aktion und Organisation. Arbeiterbewegung, sozialistische und*

um die Mitte des vorigen Jahrhunderts die ersten Arbeiterorganisationen<sup>100</sup>, wobei der Begriff »Arbeiter« noch durchaus nicht im späteren Sinne<sup>101</sup> festgelegt war. Zu erinnern ist insbesondere an die Gründung der ersten katholischen Gesellenvereine unter dem Einfluß Kolpings (1845), der ersten Genossenschaften Schulze-Delitzschs (1852), der Arbeiterverbrüderung Stephan Borns (1848) sowie vor allem der – wohl als erste deutsche Gewerkschaften anzusprechenden – nationalen Verbände der Zigarrenarbeiter und Buchdrucker (1848), die jedoch durch die Reaktionszeit in Bewegungsspielraum und Ausdehnungsmöglichkeit stark behindert und schließlich 1853/54 aufgelöst wurden<sup>102</sup>. Erst die Koalitionsfreiheit – in Sachsen (1861), für den Norddeutschen Bund (1869) und schließlich für das Deutsche Reich (1871) – erleichterte die Gewerkschaftsarbeit; die ersten Verbände, die sich in den 60er Jahren wieder konstituierten, waren die der Buchdrucker und Zigarrenarbeiter, was dafür spricht, daß die Kontinuität der Arbeiterbewegung in den 50er Jahren – belebt u. a. durch spontane Arbeitskämpfe – nicht vollkommen unterbrochen war<sup>103</sup>; auch dieses Gebiet ist bisher wenig erforscht worden<sup>104</sup>.

Um 1868 bildeten sich die ersten Richtungszusammenschlüsse, so die Internationalen Gewerksgenossenschaften (Bebel/Liebknecht), der dem ADAV nahestehende bzw. nachgeordnete Verband Deutscher Arbeiterschaften und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die den Einfluß der liberalen Bourgeoisie auf die Arbeiterbewegung sichern sollten – zunächst nicht ohne Erfolg, wie die Mitgliederzahlen zeigen: Ende 1869 waren in 13 Gewerkvereinen mit 258 Ortsvereinen 30 000 Mitglieder organisiert; diese Zahl schrumpfte jedoch nach dem Waldenburger Streik (1. 12. 1869 bis Ende Januar 1870) deutlich zusammen<sup>105</sup>.

kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820 – 1852, Hannover 1970. Für weiterführende Literaturangaben siehe *Dieter Dowe*, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, sozialistischen und kommunistischen Bewegung von den Anfängen bis 1863 unter Berücksichtigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen (= AfS, Beiheft 5), 2., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1977 und die seit 1976 vierteljährlich erscheinende *Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. von der Bibliothek des Archivs der sozialen Demokratie (Friedrich-Ebert-Stiftung), Bonn-Bad Godesberg.

- 101 Siehe dazu bes. *Werner Conze*, Arbeiter, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, hrsg. von *Otto Brunner*, *Werner Conze* und *Reinhard Koselleck*, Bd. 1, Stuttgart 1972, S. 216 – 242; vgl. auch *Jürgen Kocka*, Angestellter, ebda., S. 110 – 128. Siehe zu diesem Forschungsansatz *Reinhard Koselleck*, Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 116 – 131.
- 102 Vgl. dazu *Jürgen Kuczynski*, Ökonomische Basis und Zusammensetzung der Arbeiteraristokratie im Wandel eines Jahrhunderts, in: *ZfG* II, 1954, S. 666 – 686. Verzahnt mit der wirtschaftlich-politischen Situation 1848/49 wird die gewerkschaftliche Entwicklung von *Rolf Weber*, Die Revolution in Sachsen 1848/49. Entwicklung und Analyse ihrer Triebkräfte, Berlin – DDR 1970; vgl. auch *Walter Schmidt*, Die Rolle des Proletariats in der deutschen Revolution 1848/49, in: *ZfG* XVII, 1969, S. 270 – 288, und *Wolfgang Schieder*, Die Rolle der deutschen Arbeiter in der Revolution 1848/49, in: *Ideen und Strukturen der deutschen Revolution 1848*, hrsg. von *Wolfgang Klötzer*, *Rüdiger Moldenhauer* und *Dieter Rebentisch* (= Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 54), Frankfurt 1974, S. 43 – 56; *Aufstand der Bürger*. Revolution 1849 im westdeutschen Industriezentrum, hrsg. von *Klaus Goebel* und *Manfred Wichelhaus*, 2. Aufl., Wuppertal 1974 und *D. Dowe*, Aktion und Organisation, bes. Teil 2.
- 103 Siehe dazu *Walter Schmidt* / *Rolf Dlubek*, Die Herausbildung der marxistischen Partei der deutschen Arbeiterklasse. Konzeptionelle Fragen der ersten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: *ZfG* XIV, 1966, S. 1282 – 1333, S. 1312 f.
- 104 Hinzuweisen ist vor allem auf die eher statistisch orientierte Arbeit von *Elisabeth Todt*, Die gewerkschaftliche Betätigung in Deutschland von 1850 bis 1859, Berlin – DDR 1950 und auf die Regionaledition: *Wuppertaler Färbergesellen-Innung und Färbergesellen-Streiks 1848 – 1857*. Akten zur Frühgeschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland, hrsg. von *Wolfgang Köllmann*, Wiesbaden 1962. Vgl. auch *Frolinde Balsler*, Sozial-Demokratie 1848/49 – 1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation »Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung« nach der Revolution, 2 Bde., Stuttgart 1962 und *Hedwig Wachenheim*, Die deutsche Arbeiterbewegung 1844 – 1914, Köln/Opladen 1967.
- 105 Vgl. zu diesem Zeitraum *Werner Ettelt* / *Wolfgang Schröder*, Zur Rolle der Gewerkschafts-

Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, daß die der Sozialdemokratie nahestehenden Gewerkschaften erst 1878 eine Mitgliederzahl von ca. 56 000 erreichten, die dann allerdings in der Zeit des Sozialistengesetzes – trotz der Behinderungen der gewerkschaftlichen Arbeit, von denen die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine im übrigen verschont blieben – auf ca. 300 000 anstieg. Die Fortschritte, die die freigewerkschaftliche Organisation in jenen Jahren machte, werden schon darin deutlich, daß sich – ein erster Versuch war 1878 am Sozialistengesetz gescheitert – bereits im November 1890, d. h. kurz nach dem Auslaufen des Sozialistengesetzes, die gewerkschaftlichen Zentralverbände in der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zusammenschlossen; auf dem Kongreß in Halberstadt wurde dann 1892 die Zentralisierung der Gewerkschaftsbewegung gegen die Anhänger lokaler Organisationen durchgesetzt.

Kennzeichnend für die Freien Gewerkschaften war die starke Verbundenheit mit der SPD, auf deren reformistischem Flügel ihre Vertreter zumeist standen; der »Unterschied zwischen der politischen Tätigkeit, wie die Arbeiterpartei sie entwickelte, und der Aufgabe der Gewerkschaften« wurde von Carl Legien darin erblickt, »daß die erstere eine Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaftsorganisation anstrebt, während die letztere in ihren Bestrebungen, weil die Gesetze uns hierin Grenzen ziehen, auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaft steht«<sup>106</sup>. Unter dem weiter unten zitierten Eindruck der Rückschläge des Jahres 1893 waren die Gewerkschaften – so Legien in Köln – sogar bereit, sich selbst nurmehr als »Vorschule für die politische Bewegung«, als »Erziehungsanstalt« für die Partei einzustufen<sup>107</sup>. Angesichts der sich in der Folgezeit sehr unterschiedlich gestaltenden materiellen Sicherung von Gewerkschaften und Partei<sup>108</sup> schien es Bebel 1900 in seiner Schrift »Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien« offenbar opportun zu sein, sich von dieser Auffassung zu distanzieren<sup>109</sup>. Ausdruck des nahezu gleichberechtigten Neben- und Miteinanders von SPD und Gewerkschaften war das Mannheimer Abkommen von 1906, das die bereits eingetretene Entwicklung sanktionierte<sup>110</sup>.

Kontrovers ist in der Forschung insbesondere die Einschätzung der gewerkschaftlichen

---

bewegung bei der Herausbildung der »Eisenacher« Partei, in: *Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871. Voraussetzungen und Folgen*, Bd. 1, hrsg. von Horst Bartel und Ernst Engelberg, Berlin – DDR 1971, S. 552 – 597; John A. Moses, Das Gewerkschaftsproblem in der SDAP 1869 – 1878, in: *Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte* 3, 1974, S. 173 – 202; vgl. für die Geschichtsschreibung zu diesem Zeitraum: Horst Lademacher, Zu den Anfängen der deutschen Sozialdemokratie 1863 – 1878. Probleme ihrer Geschichtsschreibung, in: *IRSH* 4, 1959, S. 239 – 260 und 367 – 393, und D. Lehnert, SPD-Geschichte im Grundsatzstreit, a. a. O. Grundlegend siehe Dieter Fricke, Die Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1976.

- 106 Carl Legien, Aufruf, in: *Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands*, Jg. 1, Nr. 3 vom 7. 2. 1891.
- 107 Carl Legien, in: *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der SPD, abgehalten zu Köln 1893*, Berlin 1893, S. 183 f.
- 108 Vgl. z. B. die Angaben bei Gerhard A. Ritter/Klaus Tenfelde, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts, in: *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler*, hrsg. von Heinz Oskar Vetter, Köln 1975, S. 61 – 120, S. 112.
- 109 August Bebel, *Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien*, Stuttgart 1900.
- 110 So z. B. Heinz Josef Varain, *Freie Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Staat. Die Politik der Generalkommission unter Führung Carl Legiens (1890 – 1920)*, Düsseldorf 1956, S. 39; vgl. auch Günter Griep, Das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften während der Massenstreikdebatte 1905/06 in Deutschland, in: *ZfG* XI, 1963/II, S. 915 – 940 und neuerdings Hans-Josef Steinberg, Die Entwicklung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Sozialdemokratie bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges, in: *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*, S. 121 – 134. Vgl. auch Dieter Fricke, Auf dem Weg nach Mannheim. Zum Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und den freien Gewerkschaften zu Beginn der Epoche des Imperialismus, in: *ZfG* XXXV, 1977, S. 430 – 450 (= überarb. Fassung des Beitrages zur 12. Linzer Konferenz).

Politik, für die die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung zumeist den Begriff »revolutionär« für angemessen hält. Für diese Qualifizierung ist die Annahme von grundlegender Bedeutung, daß sich der Marxismus im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in der deutschen Arbeiterbewegung – ausgehend von der SPD – durchgesetzt habe<sup>111</sup>. Durch die Identifizierung von marxistischen Ideen, die – soweit zu sehen – vor allem in programmatischen Aussagen Niederschlag gefunden haben, mit einer revolutionären Praxis wird die bereits angesprochene Differenz von Intention und Funktion überdeckt; konkretisiert wird diese These von der Identität von Theorie und Praxis einerseits mit der Einschätzung der Forderung nach Einführung des Normalarbeitstages als revolutionär<sup>112</sup> und – für die SPD, unter deren Einfluß sich die deutschen Gewerkschaften entwickelten – mit dem Hinweis auf die »bewährte revolutionäre Parlamentstaktik«<sup>113</sup>. Damit wendet sich die marxistisch-leninistische Forschung insbesondere gegen die Annahme, für die Politik der SPD vor 1914 müsse eine Differenz zwischen Programmatik und Praxis festgestellt werden<sup>114</sup>. Ausgehend von der Feststellung, Partei und Gewerkschaften hätten in »unversöhnlicher Frontstellung zum Bismarckstaat« gestanden, wird die »These bürgerlicher und rechtssozialdemokratischer Historiker« zurückgewiesen, nach der »die deutsche Arbeiterbewegung von Anfang an nach Integrierung in den bürgerlichen Staat getrachtet« habe<sup>115</sup>. Angesichts der Verkennung der Tatsache, daß die festgestellte Differenz zwischen Programmatik und Praxis nicht allein mit dem Begriff der Intention abgedeckt werden kann, sondern daß es vielmehr gerade um die Analyse der Differenz von Intention und Funktion der sozialdemokratischen Politik geht, scheint eine einseitige Überschätzung der Programmatik vorzuliegen, die z. B. die Folgen

- 
- 111 Siehe z. B. *Alfred Förster*, Die Gewerkschaftspolitik der deutschen Sozialdemokratie während des Sozialistengesetzes vom Wydener Parteikongreß 1880 bis zum Parteitag von St. Gallen 1887, Berlin – DDR 1971; *Werner Ettelt*, Der Kampf um die Durchsetzung einer marxistischen Gewerkschaftspolitik in der deutschen Arbeiterbewegung. Zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland von der Gründung Internationaler Gewerkschaften und des Verbandes Deutscher Arbeiterschaften 1868 bis zum Sommer 1873, Phil. Diss. Berlin – DDR 1966; neuerdings *Ders. / Hans-Dieter Krause*, Der Kampf um eine marxistische Gewerkschaftspolitik 1868 – 1878, Berlin – DDR 1975; *Horst Bartel*, Die Durchsetzung des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts. Probleme der zweiten Hauptperiode der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: *ZfG XIV*, 1966, S. 1334 – 1371; neuerdings *Ders.*, Zur Auseinandersetzung zwischen Marxismus und Revisionismus in der deutschen Arbeiterbewegung am Ende des 19. Jahrhunderts, in: *BZG 19*, 1977, S. 199 – 218; *Wolfgang Schröder*, Die Gewerkschaftsbewegung in der Konzeption der revolutionären Sozialdemokratie 1869 – 1891, in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung*. Studien zur sozialistischen Bewegung im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts, Berlin – DDR 1970, S. 103 – 217.
- 112 Siehe z. B. *Werner Ettelt / Hans-Dieter Krause*, Die Durchsetzung der marxistischen Gewerkschaftspolitik in der deutschen Arbeiterbewegung 1869 – 1878, in: *ZfG XVIII*, 1970, S. 1023 – 1046, S. 1036.
- 113 Siehe *A. Förster*, Die Gewerkschaftspolitik, S. 327, und bes. *Gustav Seeber*, Wahlkämpfe, Parlamentstaktik und revolutionäre Politik. Zur Entwicklung der revolutionären Parlamentstaktik in Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: *Marxismus und deutsche Arbeiterbewegung*, S. 219 ff.
- 114 So z. B. *Susanne Miller*, Das Problem der Freiheit im Sozialismus. Freiheit, Staat und Revolution in der Programmatik der Sozialdemokratie von Lassalle bis zum Revisionismus, Frankfurt 1964, S. 97; *Erich Matthias*, Kautsky und der Kautskyanismus. Die Funktion der Ideologie in der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg, in: *Marxismus-Studien*, Zweite Folge, Tübingen 1957, S. 151 – 197; siehe zuletzt *Dieter Groh*, Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges, Frankfurt u. a. 1973. Der Vorwurf (z. B. von *V. Ullrich*, Emanzipation durch Integration, a. a. O., S. 125), hier handle es sich um eine undialektische Trennung von Reform und Revolution, scheint zu undifferenziert zu sein und konkretisiert darüber hinaus nicht die angesprochene Dialektik.
- 115 *W. Ettelt / H.-D. Krause*, Die Durchsetzung der marxistischen Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 1039.

des Sozialistengesetzes – zu dessen Zeit sich in der Tat (unterstützt von einem Generationswechsel in den Gewerkschaften<sup>116</sup>) marxistische Ideen in der deutschen Sozialdemokratie verbreiteten<sup>117</sup> – übersieht, wenn man nur an die Führung der Partei durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion denkt. Angesichts der jeweiligen legitimatorischen Bemühungen kann der Hinweis, die These von der Theorie-Praxis-Trennung diene zur Untermauerung der gegenwärtigen SPD-Politik<sup>118</sup>, kaum befriedigen, ist er doch ohne Schwierigkeiten umkehrbar. Die im Hinblick auf Programmatik und Praxis gleichermaßen getroffene Einschätzung der SPD als sozial orientierte radikal-demokratische Reformpartei, die die Tradition von 1848 mit den Ideen von Marx und Engels vor allem programmatisch verband, scheint der Realität auch der Jahre vor 1890 näher zu kommen, als dies die pauschale Qualifizierung als »revolutionär« vermöchte, die allenfalls mit Rücksicht auf das Selbstverständnis der SPD im Kaiserreich zu rechtfertigen wäre.

Allerdings wird man sich des Doppelcharakters gewerkschaftlicher Arbeit bewußt sein müssen<sup>119</sup>. Diese Ambivalenz der gewerkschaftlichen Arbeit wurde bereits von Marx und Engels hervorgehoben, die die Gewerkschaften – orientiert am Modell der englischen Trade Unions – zwar grundsätzlich positiv als »Organisationszentren der Arbeiterklasse«<sup>120</sup> einschätzten, deren Erfolge für die materielle Besserung der Situation der Arbeiter jedoch eher skeptisch beurteilten; ausgehend von der als allgemein gültig festgestellten Tendenz des Kapitalismus, den durchschnittlichen Lohnstandard eher zu senken als zu heben, wird den Gewerkschaften die Aufgabe zugewiesen, »als Sammelpunkt des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals« zu dienen. Dabei sei die revolutionäre Wirkung der Gewerkschaften nur dann beeinträchtigt, wenn »sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen«, ohne das Lohnsystem selbst zu bekämpfen<sup>121</sup>. Problematisch bleibt damit die Vermittlung von systemorientiertem Kleinkrieg und systemüberwindenden Maßnahmen, die jedoch sicherlich nicht nur als Frage des programmatischen Anspruches aufgefaßt werden darf. Konkret faßbar wird die Ambivalenz gewerkschaftlicher Aktivität nicht zuletzt in den Streikbewegungen, deren politisierender Effekt – auch wenn es um Lohnauseinandersetzungen ging – keineswegs unterbewertet sein soll; andererseits darf nicht übersehen werden, daß mit der (auch durch gewerkschaftliche

116 Siehe G. A. Ritter / K. Tenfelde, *Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften*, a. a. O., S. 77, und Hartmut Zwahr, *Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution*, in: *Die großpreussisch-militaristische Reichsgründung 1871*, S. 501 – 551, S. 511.

117 Siehe Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg*, 3., verb. Aufl., Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 13 ff. und 25 ff. Umstritten ist noch immer, wie breit sich marxistische Ideen in Deutschland haben durchsetzen können; vgl. dazu V. Ullrich, *Emanzipation durch Integration*, a. a. O., S. 122, und bes. Rolf Dlubek, »Das Kapital« von Karl Marx in der deutschen Arbeiterbewegung 1867 – 1895, in: *Lebendiger Marxismus*, T. 1, Berlin – DDR 1972, S. 58 ff. Zu diesem Problemkreis siehe neuerdings Dieter Langewiesche / Klaus Schönhoven, *Arbeiterbibliotheken und Arbeiterlektüre im Wilhelminischen Deutschland*, in: AfS XVI, 1976, S. 135 – 204.

118 So z. B. Annelies Laschitzka, *Der Imperialismus und die neuen Aufgaben der Partei der Arbeiterklasse. Grundprobleme, neue Fragestellungen und Forschungsergebnisse der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in der dritten Hauptperiode*, in: ZfG XIV, 1966, S. 1372 – 1399, S. 1373 f. und Georg Fülberth / Jürgen Harrer, *Zur Kritik der sozialdemokratischen Hausgeschichtsschreibung I*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* XX, 1975, S. 526 – 544, S. 537 ff.

119 Siehe dazu auch W. Ettelt / H.-D. Krause, *Die Durchsetzung der marxistischen Gewerkschaftspolitik*, a. a. O., S. 1034.

120 Karl Marx, *Instruktionen für die Delegierten des Provisorischen Zentralrats zu den einzelnen Fragen* (1867), in: MEW, Bd. 16, S. 190 – 199, S. 197.

121 Karl Marx, *Lohn, Preis und Profit* (1865), in: MEW, Bd. 16, S. 101 – 152, S. 152. Vgl. dazu neuerdings Rainer Zoll, *Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marx'schen Gewerkschaftstheorie*, Frankfurt 1976.

Selbsthilfeeinrichtungen vorangetriebenen<sup>122</sup>) sozialen Besserstellung, die sich für breite Schichten der Arbeiterschaft gegen Ende des 19. Jahrhunderts abzuzeichnen begann, auch »Verbürgerlichungserscheinungen« auftraten, die sich sowohl in der Politik der Freien Gewerkschaften als auch der SPD zeigten; die Breite der Auswirkungen dieser Bewußtseinsänderung wird vom Arbeiteraristokratie-Argument ebensowenig befriedigend erklärt wie durch die z. T. schematische Unterscheidung zwischen Volksmassen bzw. Partei- oder Gewerkschaftsmitgliedschaft und Führung<sup>123</sup>.

Hinzuweisen ist auch auf die Folgen der Sozialisation im Deutschen Reich durch Familie, Schule und Heer; vielleicht mag auch die Arbeiteraristokratie vom weniger »etablierten« Arbeiter als Bild der eigenen Zukunft interpretiert worden sein, das damit disziplinierend, die Konfliktbereitschaft schwächend, gewirkt haben könnte.

Nicht übersehen werden darf auch, daß sich die Gewerkschaften in Deutschland – wegen der im Bewußtsein der strukturellen Begrenztheit gewerkschaftlicher Arbeit mit der politischen Partei praktizierten Arbeitsteilung – nicht vor die Notwendigkeit gestellt sahen, eine »eigene«, die Gesellschaftsordnung grundsätzlich verändernde Praxis zu entwickeln; diese Rolle schien doch die SPD zu übernehmen. Akzeptiert man die Differenzierung Lenins zwischen Partei und Gewerkschaften, so erscheint es dann als Versäumnis der Partei, in den Gewerkschaften – die aus eigener Kraft allenfalls ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermöchten – kein revolutionäres Bewußtsein hervorgerufen zu haben<sup>124</sup>. Ob und inwieweit diese Feststellung soziologisch abgedeckt war, bleibt undeutlich; es hätte allerdings auf das Vorwiegen von Vertretern der Arbeiterschaft in den Gewerkschaftsorganisationen hingewiesen werden können, das sich deutlich von der Bedeutung (bürgerlicher) Intellektueller für die Parteigeschichte abhebt.

Übereinstimmend mit den Ergebnissen marxistisch-leninistischer Forschung wird man jedoch die deutschen Gewerkschaften als deutlich politisiert bezeichnen können<sup>125</sup>. Diese Politisierung mag zum einen auf die – etwa im Vergleich zu England – starre Abwehrhaltung des politischen Systems gegen die Forderungen der Arbeiterschaft zurückzuführen sein, dürfte aber auch auf dem Einfluß der politischen Partei beruhen, dessen Stärke u. U. als Zeichen der späten Industrialisierung in Deutschland gelten kann, durch die eben erst relativ spät – nach der Herausbildung von Parteien – eine breite klassenmäßige Basis für »die eigentliche Klassenorganisation des Proletariats«, d. h. die Gewerkschaften, entstand<sup>126</sup>. Diese Politisierung der Freien Gewerkschaften steht dabei keineswegs im Widerspruch zu dem von ihnen selbst vielfach hervorgehobenen Argument der parteipolitischen Neutralität, mit dem zunächst die Unabhängigkeit vor allem vom ADAV postuliert wurde, das dann ab 1875 nurmehr als formelles Bekenntnis beibehalten wurde, um den Ansprüchen der obrigkeitstaatlichen Vereinsgesetze zu genügen. Die Anlehnung der Freien Gewerkschaften an die SPD entsprach nicht nur den weitgehenden programmatischen Übereinstimmungen, sondern auch dem parteipolitischen Spektrum, innerhalb dessen sich kein anderer parteipolitischer Partner zeigte. Dennoch zeichneten sich schon bald nach der Gründung der Generalkommission Eigenständigkeitsbestrebungen der Gewerkschaften ab, die nicht zuletzt in der großen Mitgliederzahl und entsprechenden Finanzkraft eine materielle Basis hatten. Durch die Berufung auf die (formell) immer schon bestehende parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften konnte dieser Konflikt, dessen Beilegung mit dem Mannheimer Abkommen

122 Vgl. dazu *Gustav Brüggerhoff*, Statistisches über das Unterstützungswesen der deutschen »freien« Gewerkschaften, Diss. Marburg 1908.

123 Siehe dazu *Gerhard Beier*, Das Problem der Arbeiteraristokratie im 19. und 20. Jahrhundert. Zur Sozialgeschichte einer umstrittenen Kategorie, in: *Herkunft und Mandat*. Beiträge zur Führungsproblematik in der Arbeiterbewegung, Frankfurt/Köln 1976, S. 9 – 71.

124 *W. I. Lenin*, Was tun (1902), in: LW, Bd. 5, S. 355 – 551, S. 412 ff.

125 Siehe z. B. *H.-D. Krause*, Gewerkschaften und politischer Kampf in Deutschland in den Jahren 1873/74, in: BZG 14, 1972, S. 83 – 98, S. 83 f.

126 Brief Friedrich Engels' an August Bebel vom März 1875, in: MEW, Bd. 19, S. 3 – 9, S. 6.

kodifiziert wurde, heruntergespielt werden; es wurde der Eindruck zu erwecken gesucht, als habe keine Machtverschiebung zwischen SPD und Gewerkschaften stattgefunden, deren ideologischer Einfluß sich indessen in der Folgezeit mit zunehmender Deutlichkeit abzeichnen sollte.

Es scheint indessen fraglich zu sein, ob der zunehmende Reformismus der gewerkschaftlichen Politik als Folge der »Schwäche der gewerkschaftlichen Organisation« interpretiert werden kann<sup>127</sup>; es unterliegt keinem Zweifel, daß – trotz des Anstiegs der Mitgliederzahlen – der Organisationsgrad gering war<sup>128</sup>. Allerdings bedarf die von Dieter Groh aufgezeigte Relation – »je besser organisiert und organisierbar ein Industriezweig oder Sektor im Produktions- und Distributionssektor sowie im Bereich der Arbeitgeberverbände war, desto kleiner war der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter« – noch der genauen historischen Verifizierung; auch die damit verbundene Annahme, nach der es gerade die Schwäche der Gewerkschaften gegenüber dem unternehmerischen Einfluß war, die dazu führte, daß die Gewerkschaftsführung »sich strategisch und taktisch auf staatliche Instanzen und auf die öffentliche Meinung einstellen [mußte], damit diese nicht die Partei der Unternehmer ergriffen«, kann gerade mit Rücksicht auf die Frühzeit der Gewerkschaftsbewegung, für die dieses Argument noch größere Gültigkeit zu beanspruchen hätte, nicht voll überzeugen; auch steht dem Eindruck der gewerkschaftlichen Schwäche die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Arbeitskämpfe entgegen.

Wie die Gewerkschaften Englands und Frankreichs erklärten sich auch die deutschen im Jahre 1914 zur Einhaltung eines »Burgfriedens« bereit, in dessen Verlauf die Gewerkschaften schließlich die staatliche Anerkennung erlangten. Dieser Integrationsprozeß ist bereits mehrfach untersucht worden<sup>129</sup>; hervorzuheben sind dabei besonders die Analysen von Gerald D. Feldman und Jürgen Kocka, die die gewerkschaftliche Politik einbetten in die eingangs geforderte gesellschaftliche Gesamtanalyse<sup>130</sup>. Der sich 1914 und dann in den nachfolgenden Jahren eindeutig zeigende Prozeß zunehmender auch ideologischer Anpassung an die gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse muß sicherlich auch vor dem Hintergrund einer spezifischen Konkurrenzsituation betrachtet werden; so darf nicht übersehen werden, daß die deutsche Arbeiterbewegung von Beginn an – und damit sei der vierte Gewerkschaftstyp am Beispiel Deutschlands eingeführt – gespalten war.

#### 1.4 Die Christlichen Gewerkschaften

Einflußreiche Christliche Gewerkschaften bildeten sich vor allem im Gegensatz zur Programmatik der bei der Bestimmung des zweiten und dritten Typs geschilderten Gewerkschaften heraus; ihre Domänen waren – vor dem Ende des ersten Weltkrieges – Belgien,

127 Siehe *Dieter Groh*, Überlegungen (die folgenden Zitate S. 17 und 46).

128 Siehe dazu *Frank Deppe*, Elemente eines theoretischen Bezugsrahmens zur Analyse der Gewerkschaftsgeschichte – unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Arbeiterbewegung vor 1917 (Masch. vervielf.), Referat für die 12. Linzer Konferenz 1976, S. 11.

129 Erinnert sei nur an die Arbeiten von *H. J. Varain*, Freie Gewerkschaften; *Gerhard A. Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich. Die Sozialdemokratische Partei und die Freien Gewerkschaften. 1890 – 1900, Berlin 1959, und *Wolfgang Hirsch-Weber*, Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht, Köln/Opladen 1959; zu denken ist auch an die Untersuchungen von *Fritz Opel*, Der Deutsche Metallarbeiterverband während des ersten Weltkrieges und der Revolution, Hannover/Frankfurt 1957, und *Thomas von der Vring*, Der Verband der Deutschen Buchdrucker im Ersten Weltkrieg, in der Revolution und in der Inflationszeit (1914 – 1924). Die Geschichte einer Gewerkschaft während zehn Krisen Jahren, Phil. Diss. Hannover 1965.

130 *G. D. Feldman*, Army, Industry and Labor; siehe auch *J. Kocka*, Klassengesellschaft im Krieg. Vgl. auch *Klaus Saul*, Staat, Industrie, Arbeiterbewegung im Kaiserreich. Zur Innen- und Sozialpolitik des Wilhelminischen Deutschlands 1903 bis 1914, Düsseldorf 1974; *Friedrich Zunkel*, Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914 bis 1918, Düsseldorf 1974. Weiterführende Literaturangaben finden sich bei *K. Klotzbach*, Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

die Niederlande und Deutschland; als Beispiel sei die Entwicklung in Deutschland skizziert. Schon frühzeitig – erinnert sei an die Kolping-Vereine und die lokalen konfessionellen Arbeitervereine – bemühten sich Vertreter der Kirchen um eine Milderung der in bezeichnender Verengung als »soziale Frage« rezipierten Probleme<sup>131</sup>; neben den bereits erwähnten Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen entstanden zu Beginn der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts – nachdem die Enzyklika »Rerum Novarum« Leos XIII. die kirchlichen Bedenken gegen Arbeiterorganisationen grundsätzlich ausgeräumt hatte – die ersten christlichen Gewerkschaften, die noch bis zum Beginn des ersten Weltkriegs im Konflikt mit den katholischen Arbeitervereinen (Sitz Berlin) um Interkonfessionalität und Unabhängigkeit von institutionalisiertem kirchlichen Einfluß kämpfen mußten<sup>132</sup>. Relativ schnell, wenn man berücksichtigt, daß die ersten christlichen Gewerkschaften erst 1891/94 gegründet wurden, kam es zur Bildung des Generalsekretariats (1899) und bald darauf des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Ständisches Gedankengut, volksgemeinschaftliches Pathos und Bekenntnis zum nationalen Staat eröffneten den Christlichen Gewerkschaften die organisatorische Zusammenarbeit mit den nicht-sozialdemokratischen Gewerkschaften (so auch dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband); das Einschwenken auf die Parolen der Vaterlandsverteidigung bei Beginn des ersten Weltkriegs war für die Christlichen Gewerkschaften keine innere Belastungsprobe<sup>133</sup>.

Unter dem Aspekt der tendenziell zentralistischen Organisationsform zeigen die Gewerkschaften des vierten Typus deutliche Anklänge an das Modell der deutschen Freien Gewerkschaften, nach denen sie sich ja auch – wenngleich in programmatischem Widerspruch – herausgebildet haben; ihr Ziel war – grob zusammengefaßt – die ständische Integration der Arbeiterschaft in die »Volksgemeinschaft«; der berufsverbandliche Aufbau ist hier jedoch nicht mit dem rational begründbaren Organisationsprinzip der liberalen Gewerkschaften zu verwechseln, sondern muß als eigenständiger Ordnungswert verstanden werden. Dem volksgemeinschaftlichen Denken entspricht die programmatische Ablehnung des politischen Klassenkampfes; Streiks sind nur als letztes Mittel zu rechtfertigen, da die Wirtschaft nach arbeitsgemeinschaftlichen Gesichtspunkten geordnet sein sollte. Die Christlichen Gewerkschaften beziehen ihr Solidaritätsgefühl deswegen nicht – wie die syndikalistisch und sozialdemokratisch beeinflussten Gewerkschaften – aus einem exklusiven Klassenbewußtsein, sondern aus der Idee einer christlich-national geprägten Volksgemeinschaft, deren Vertretung deutlich defensive Züge gegenüber der Sozialdemokratie einerseits und der sich organisierenden Wirtschaft andererseits zeigt.

## 2. Probleme der Periodisierung

Auch wenn man sich bei der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung – insbesondere für die Zeit vor 1917/18 – der deutlich ausgeprägten nationalen Vielfalt der Gewerkschaftsentwicklung bewußt bleiben muß, so sind doch gerade im Blick auf die Probleme der Periodisierung offenbar besonders seit dem zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts strukturell bedingte Gemeinsamkeiten der Entwicklung festzustellen. Dabei kann zunächst einmal davon ausgegangen werden, daß der hier interessierende Zeitraum der gewerkschaftlichen Entwicklung von den Epochenjahren 1789 und 1917/18 eingeschlossen wird; so können die Periode bis

131 Vgl. Karl Heinz Schürmann, Zur Vorgeschichte der christlichen Gewerkschaften, Freiburg 1958.

132 Siehe neuerdings Hermann Josef Wallraff, Die Belastung einer Gewerkschaft durch ideologische Differenzen. Spannungen innerhalb der christlichen Gewerkschaften in den Jahren 1900 – 1914, in: *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*, S. 135 – 152, und Rudolf Brack, *Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900 – 1914*, Köln/Wien 1976.

133 Siehe dazu aus sozialdemokratischer Sicht: August Erdmann, *Die christliche Arbeiterbewegung in Deutschland*, Stuttgart 1908, und *ders.*, *Die christlichen Gewerkschaften, insbesondere ihr Verhältnis zu Zentrum und Kirche*, Stuttgart 1914; vgl. auch, aus christlich-sozialer Sicht: Paul Jostock, *Die katholisch-soziale Bewegung der letzten 100 Jahre in Deutschland*, Köln 1959.

zur Mitte des 19. Jahrhunderts als Zeit der Einführung der industriekapitalistischen Produktionsweise, die Jahrzehnte bis 1870/72 als Blütezeit des Kapitalismus relativ freier Konkurrenz individueller Unternehmen und die von 1872/73 bis 1895 als Periode der großen Depression oder des Übergangs zum Organisierten Kapitalismus angesprochen werden, der sich dann in der Vorbereitungsperiode revolutionärer Veränderungen bis 1917/18 partiell durchgesetzt hat<sup>134</sup>. Neben der russischen Oktober-Revolution sind für diesen Epochenchnitt ohne Zweifel auch die mit dem Ende des ersten Weltkrieges verbundenen Wandlungen innerhalb Europas sowie die mit dem Kriegseintritt der USA veränderte weltpolitische Konstellation zu nennen.

In diesen Rahmen ist die gewerkschaftliche Entwicklung eingebettet. So kann denn auch der Vorschlag Goetz Briefs', »eine historische Institution von der Art der Gewerkschaften nach ihrer Einordnung in die Umwelt« zu periodisieren, wegen der damit verbundenen groben Rasterung – »klassische« und »befestigte« Gewerkschaften werden voneinander unterschieden – nur zum Teil befriedigen<sup>135</sup>. Nach Briefs ist die »klassische« Gewerkschaft durch folgende Kriterien gekennzeichnet: Träger sind die Arbeiter gelernter Berufe; obwohl die Gewerkschaften die bestehende wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung anerkennen, suchen Arbeitgeberschaft und Staat sie durch innerbetriebliche bzw. gesetzliche Maßnahmen in ihrer Entwicklung zu hindern; der Wirtschaftsablauf ist Bedingung der gewerkschaftlichen Entwicklung; für die Mitglieder sind die Gewerkschaften zunächst Selbsthilfeorganisationen, die allerdings in zunehmendem Maße auch die Interessen der Arbeiterschaft nach außen repräsentieren, vor allem in Fragen der Festlegung von Mindestnormen des Arbeitsvertrages (Lohn, Arbeitszeit usw.). In der »klassischen Phase« ihrer Entwicklung wurde die Gewerkschaft – wie Briefs zusammenfaßt – »zum wichtigsten Element für die Anerkennung und Einordnung der Lohnarbeiter in die bestehende Gesellschaft dadurch, daß sie ihr Selbstbewußtsein als Person und Bürger stärkte, weit über den Kreis der Organisierten hinaus«.

Die uneingeschränkt positive Bewertung dieses Integrationsprozesses, dessen Nachzeichnung allerdings als allzu gradlinig erscheinen will, kommt auch in der Charakterisierung der »befestigten« Gewerkschaft zum Ausdruck: Die »Gewerkschaft, die bisher von dem bestehenden gesellschaftlich-wirtschaftlichen System bestimmt war, [gewinnt] nunmehr institutionelle Eigenständigkeit [...], die sie instand setzt, auf die Fortgestaltung dieses Systems Einfluß zu nehmen«. Voraussetzung dafür ist einerseits die formale Befestigung, d. h. die rechtliche Anerkennung der Gewerkschaften durch Unternehmer und Staat, sowie die materiale Befestigung, die Briefs in der Nutzung dieser Rechte und Möglichkeiten in der gewerkschaftlichen Praxis erblickt<sup>136</sup>. Als Zeitpunkt für den Übergang von der ersten zur zweiten Phase der gewerkschaftlichen Entwicklung wird die Zeit um den ersten Weltkrieg angenommen, der in der Tat – wie oben gezeigt – deutlich die Integration der Gewerkschaften in das jeweilige ökonomisch-politische System beschleunigt hat.

Dieses nur mit Blick auf das den Gewerkschaften zugesprochene Ziel der gesellschaftlichen Integration formulierte Periodisierungsschema wird vor allem den Stufen der innergewerkschaftlichen Entwicklung nicht gerecht; auch basiert es auf einer Unterschätzung des gesamtgesellschaftlichen Einflusses der »klassischen«, auf einer Überschätzung des der »befestigten« Gewerkschaften, wobei letzteres auf deutliche Festschreibung des Status quo der gewerkschaftlichen Machtentfaltung zielt und damit indirekt das Argument vom »Gewerk-

134 Siehe Ernst Engelberg, Zu methodologischen Problemen der Periodisierung, in: *Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft*, S. 121 – 154.

135 Goetz Briefs, Gewerkschaften, in: *Staatslexikon*, Bd. 3, 6., völlig Neubearb. u. erw. Aufl., Freiburg 1959, Sp. 926 – 943, Sp. 927 ff. Ähnlich in der Bestimmung der »befestigten« Gewerkschaften: Norbert Eickhof, Eine Theorie der Gewerkschaftsentwicklung, Tübingen 1973.

136 Briefs, a. a. O., Sp. 931 und 933.

schaftsstaat« unterstützt, der bei jeder weiteren Machtausdehnung der Gewerkschaften in den westlichen Industrienationen drohe<sup>137</sup>.

Ein differenzierteres Periodisierungsmodell entwirft demgegenüber Carl Jantke<sup>138</sup>, der zwar auch vom Grad der Integration ausgeht, diesen jedoch explizit »im Sinne einer tendenziell emanzipatorischen Handlungs- und Bewegungsfähigkeit der Arbeiterschaft in der Gesellschaft« verstanden wissen will. Das den Gewerkschaften zugeschriebene Ziel ist demnach eine »autonome, gesellschaftspolitisch verpflichtete Form einer Vertretungskörperschaft der Arbeitnehmer mit optimaler Handlungsfähigkeit nach außen und abnehmenden Gruppenspannungen im Innern«. Die erste Stufe ist dementsprechend – in Übereinstimmung mit der oben genannten Periodisierung – zeitlich vom Beginn der Industrialisierung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts anzusetzen. Die Arbeiterschaft zeigte in dieser Phase ein eher desorientiertes Verhalten; Ansätze zur Organisation sind selten; den lokalen Streikunruhen liegen meist nur informelle Gruppierungen zugrunde. Der Anfang dieser Phase ist je nach dem national differierenden Industrialisierungsbeginn unterschiedlich und schwankt also zwischen ca. 1780 (England) und etwa 1830 (Deutschland), wenn man auf den Einfluß technischer Neuerungen für die Industrialisierung abhebt<sup>139</sup>. Kennzeichnend für diese Phase sind die Kampfmaßnahmen, die als Ausdruck des »Protests gegen die Aushöhlung der älteren Sozial- und Wirtschaftsverfassung, insbesondere die Zersetzung der berufsständischen Differenzierung des Handwerks«, verstanden werden können<sup>140</sup>; zu denken ist vor allem an die Aktionen der Maschinenstürmer (Ludditen) in England (1811/16), die Seidenwebererhebung in Lyon (1831/34) und den Weberaufstand in Schlesien (1844), die in dieser zeitlichen Verzögerung auch in etwa die Entwicklungsstufung der Industrialisierung spiegeln<sup>141</sup>.

Man wird darüber streiten können, wo am sinnvollsten das Ende dieser Phase anzunehmen ist. Zwar zeigten sich in England bereits 1834 Ansätze kurzlebiger nationaler Organisation; hier wird jedoch unter besonderer Berücksichtigung der Situation in Deutschland dafür plädiert, die Verbände vor allem der Buchdrucker und Zigarrenmacher als Markierung der dementsprechend mit dem Jahr 1848 einsetzenden zweiten Phase – gekennzeichnet durch vereinzelte, tastende Versuche nationaler Organisation – anzunehmen, die dann bis zur Zeit der Herausbildung stabiler nationaler Verbände (ca. 1870) reichen würde. Damit wird allerdings, wie gesagt, die zu dieser Zeit noch insbesondere zwischen England und dem Kontinent zu verzeichnende Phasenverschiebung z. T. verdeckt, da erst am Ende dieses Zeitraums eine relative Übereinstimmung des Entwicklungsstandes hinsichtlich der beginnenden programmatischen und organisatorischen Verstetigung der Gewerkschaften festgestellt werden kann<sup>142</sup>. Zu berücksichtigen ist zudem, daß die Grenzen des hier vorgeschlagenen Periodisierungsmodells durchaus fließend sind.

137 Vgl. schon die Ausführungen von *Alfred Christmann*, *Gewerkschaftsbewegung und Gewerkschaftstheorie. Ausgangsleitbilder und Wandlung der Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1963, bes. Schlußkap.

138 *Carl Jantke*, *Arbeiterbewegung*, in: *Staatslexikon*, Bd. 1, 6., völlig Neubearb. u. erw. Aufl., Freiburg 1957, Sp. 438 – 445, Sp. 441 ff.

139 Siehe dazu *Otto Büsch*, *Industrialisierung und Geschichtswissenschaft. Ein Beitrag zur Thematik und Methodologie der historischen Industrialisierungsforschung*, Berlin 1969, S. 15.

140 *Hans Mommsen*, *Arbeiterbewegung*, in: *Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft*, Bd. 1, Sp. 273 – 313, Sp. 274.

141 Siehe *Wolfgang Abendroth*, *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, 4. Aufl., Frankfurt 1968, S. 1. Vgl. zum Problem der zeitlichen Verschiebung der Industrialisierung gegenüber England *Reinhard Bendix*, *Modernisierung und soziale Ungleichheit*, in: *Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Probleme der frühen Industrialisierung*, hrsg. von *Wolfram Fischer*, Berlin 1968, S. 179 – 246, bes. S. 225 ff.

142 Vgl. dazu die Periodisierungsschemata in *Sidney und Beatrice Webb*, *The History of Trade Unionism*, und *Henry Pelling*, *A History of British Trade Unionism*, 2. Aufl., London 1972 sowie in *Georges Vidalenc*, *La classe ouvrière et le syndicalisme en France de 1789 à 1965*, Paris 1969.

Durch die Zwischenschaltung dieser Phase des Übergangs von lokalen, relativ unorganisierten zu nationalen, auf Dauer angelegten Verbänden wird für die dritte Phase der Gewerkschaftsentwicklung ein auch unter internationalem Aspekt relativ homogener Ausgangspunkt gewonnen, denn in der Zeit bis Ende des 19. Jahrhunderts prägten sich die von Land zu Land und auch innerhalb einzelner Länder verschiedenen programmatischen und organisatorischen Prinzipien ebenso wie Gruppenbewußtsein und Gruppendisziplin der Arbeiterschaft unter Einschluß auch der Ungelernten – erinnert sei für die Entwicklung in Deutschland an den Zusammenschluß der Metallarbeiter (1891) und der Holzarbeiter (1893) – voll aus. In der vierten Phase, die etwa von der Jahrhundertwende (ca. 1895) bis zum Ende des ersten Weltkrieges reicht, wird die Konsolidierung der Gewerkschaften im Rahmen des jeweilig gegebenen nationalen wirtschaftlichen und politischen Systems geleistet. Trotz der für die bisherige Entwicklung der Gewerkschaften zu verzeichnenden organisatorischen und programmatischen Differenzen scheinen die Gewerkschaften unter dem Druck des sich herausbildenden Organisierten Kapitalismus dennoch zunehmend ähnliche Züge anzunehmen, die nicht zuletzt mit der Bereitschaft und Notwendigkeit internationaler Kooperation wachsen. Ausdruck dieser Annäherung der verschiedenen gewerkschaftlichen Entwicklungsstufen ist die von allen wenn auch mit Differenzierung angenommene »Burgfriedenspolitik« zu Beginn des ersten Weltkrieges, die im Verlaufe des durch den Krieg beschleunigten Integrationsprozesses zur Anerkennung durch Staat und Unternehmer führte.

Daß dieser Epochenchnitt für die Entwicklung der Gewerkschaften allerdings überbewertet wird, wenn man hier den grundsätzlichen Wandel von »klassischer« zu »befestigter« Form annimmt, wird schon deutlich durch einen Blick auf die Auflösung der Gewerkschaften z. B. in Deutschland durch den Nationalsozialismus; wären die Gewerkschaften mit dem Ende des ersten Weltkrieges wirklich in die ihnen z. B. von Briefs zugeschriebene Machtposition eingerückt, so dürften Hochinflation, Weltwirtschaftskrise und die Auflösung der Gewerkschaften 1933 schwer – das heißt: auch nicht als zeitweiliger Rückschlag – zu erklären sein. Hinzuweisen ist auch auf die Integration der Gewerkschaften in die bestehenden kapitalistischen Verhältnisse unter deutlicher Beschränkung ihrer Autonomie im Zuge der Politik zur Krisenbehebung in den USA, in Großbritannien und auch in Schweden. Die mit dem Ende des ersten Weltkrieges vollzogene »Befestigung« der Gewerkschaften dürfte also schon deswegen nicht allzu euphorisch als Endpunkt der gewerkschaftlichen Entwicklung beurteilt werden.

### 3. Probleme der Organisationsentwicklung

Mit dem Problem der Periodisierung der Gewerkschaftsgeschichte aufs engste verbunden ist – das hat die Periodisierung von Goetz Briefs gezeigt – die Frage der Organisationsentwicklung, die letztlich die nach der unter bestimmten sozio-ökonomischen Bedingungen erreichbaren Wirksamkeit gewerkschaftlicher Arbeit ist<sup>143</sup>. Die sich unter diesem Aspekt ergebende deutliche Übereinstimmung von wirtschaftlicher und organisatorischer Konzentration ist dabei besonders hervorzuheben. So umgreift die erste Stufe der Gewerkschaftsentwicklung, die dem Übergang zur industriekapitalistischen Gesellschaftsordnung entspricht, nach dem Berufsprinzip lokal aufgebaute Selbsthilfeorganisationen von gelernten Arbeitern des gleichen Berufs. Diese Organisationsform entsprach tendenziell der Phase der industriellen Entwicklung bis zur Jahrhundertmitte, in der die Betriebsleitung die geeignete Adresse für Forderungen in bezug auf die Regelung der Arbeitsbedingungen war. In dem Maße, in dem sich der gesellschaftliche Charakter der Produktion verstärkte, waren die Arbeiter zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber Arbeitgebern und nun auch staat-

143 Vgl. für Deutschland: Karl Heinz Sohn, Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften, Köln 1964.

lichen Institutionen vor die Notwendigkeit gestellt, sich in größeren organisatorischen Einheiten zusammenzuschließen. Die insbesondere aus der Verschiedenartigkeit der sozialen Situation der Arbeiter herrührende Schwierigkeit, zu möglichst umfassenden und mitgliederstarken Verbänden zu gelangen, wurde bereits in der ersten Phase deutlich; neben der wohl immer aktuellen Problematik des Organisationsgrades kennzeichnet aber gerade das tendenzielle Nachhinken der gewerkschaftlichen Organisationsform gegenüber der industriellen Entwicklung die zweite und dritte Phase. Dabei ist besonders auf die retardierende Einwirkung politisch-administrativer Faktoren auf die Fortbildung der Organisationsform hinzuweisen; zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Reaktionszeit und das Sozialistengesetz in Deutschland. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts konnte die gewerkschaftliche Organisationsform, was die Zentralisierung der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse anlangt, tendenziell dem Stand der industriellen Entwicklung angepaßt werden.

Mit der zunehmenden Konzentrationsbewegung der Wirtschaft – 1882 gab es in Deutschland 127, 1907 dagegen 506 Betriebe mit mehr als 1000 Beschäftigten<sup>144</sup> –, mit der zunehmenden Kartellierung und Verbandsorganisation sowie der anwachsenden Lenkungs- und Schutzfunktion des Staates – kurz: mit der Entwicklung des Organisierten Kapitalismus – verloren die lokalen Berufsorganisationen vollends an Durchsetzungskraft; die Bedeutung des einzelnen Betriebes als Entscheidungszentrum des Güter- und Arbeitsmarktes wurde mehr und mehr verringert, so daß schon von daher die verbreiterte gesellschaftspolitische Zielsetzung der Gewerkschaften und zudem die verstärkte Tendenz zur Zentralisierung der Organisation zu erklären sind. Zu beachten ist jedoch, daß sich die großbetriebliche Produktion vor 1914 noch keineswegs durchgesetzt hatte; über die Hälfte der Arbeiter war noch 1914 in Betrieben mit unter 50 Arbeitern beschäftigt<sup>145</sup>. Von Bedeutung für die Organisationsentwicklung war jedoch ohne Zweifel der innerbetriebliche Umschichtungsprozeß, d. h. die Zunahme von an- und ungelerten Arbeitern einerseits und von Angestellten andererseits<sup>146</sup>. Eine Lösung der damit aufgeworfenen Probleme schien das Industrieverbandsprinzip bieten zu können, das sich jedoch nur sehr schwer durchsetzte, verlangte es doch auch ein Abgehen von überkommenen berufsständischen Interessenpositionen.

Leichter fiel offenbar die Zusammenfassung der Einzelgewerkschaften in nach weltanschaulich-politischen Richtungen zu unterscheidenden Dachverbänden, was die Dominanz politischer Ideen – Liberalismus, christliche Soziallehre, Sozialismus – bei der Gründung gerade der deutschen Gewerkschaften unterstreicht; dieser Prozeß kam im großen und ganzen vor bzw. mit dem ersten Weltkrieg zum Abschluß. Dazu parallel zeigten sich sehr rasch – trotz der national unterschiedlichen Ausprägung von Gewerkschaftstypen – Fortschritte bei der organisatorischen Verstärkung internationaler Kontakte einzelner Berufsverbände (Tabakarbeiter seit 1871, Buchdrucker seit 1889, Berg- und Metallarbeiter seit 1890 usw.), aus denen sich internationale Berufssekretariate entwickelten; erste Kontakte der Gesamtverbände wurden mit dem Internationalen Gewerkschaftskongreß 1901 in Kopenhagen geknüpft und 1903 mit der Gründung des Internationalen Gewerkschaftssekretariats (Sitz:

144 Jürgen Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1800 bis 1932, Berlin 1947, S. 153.

145 Siehe F. Deppe, Elemente eines theoretischen Bezugsrahmens, S. 9 und auch D. Groh, Überlegungen, S. 69.

146 Siehe Jürgen Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847 – 1914, Stuttgart 1969; zu den organisatorischen und politischen Problemen der Zunahme der Angestelltenschaft siehe besonders für die jüngere Vergangenheit *White-collar trade unions. Contemporary developments in industrialized societies*, ed. by Adolf Sturmthal, Urbana u. a. 1967 und George Sayers Bain, *The growth of white-collar unionism*, Oxford 1970; vgl. Günter Hartfiel, Angestellte und Angestelltengewerkschaften in Deutschland. Entwicklung und gegenwärtige Situation von beruflicher Tätigkeit, sozialer Stellung und Verbandswesen der Angestellten in der gewerblichen Wirtschaft, Berlin 1961.

Berlin, Vorsitzender: Legien) institutionalisiert, das die Bildung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (1913) vorbereitete. Mit geringer Zeitverschiebung – 1908 – gründeten auch die Christlichen Gewerkschaften das Internationale Sekretariat christlicher Gewerkschaften in Zürich (Vorsitzender: Adam Stegerwald), dem allerdings erst 1920 die Bildung des Internationalen Bundes christlicher Gewerkschaften folgte. Damit hatte sich die Einrichtung von weltanschaulich-politisch voneinander unterschiedenen Richtungsgewerkschaften auch auf internationaler Ebene manifestiert; gleichzeitig wird darin die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts stattfindende Angleichung der Gewerkschaftsorganisationsstufen deutlich, die der einsetzenden internationalen Organisation des Kapitals entsprach. Den durch den Zusammenschluß zu größeren Organisationseinheiten bewirkten Vorteilen für die Agitationsarbeit, die Rationalisierung der Verwaltung sowie insgesamt für die Homogenisierung der gewerkschaftlichen Politik stand auf der anderen Seite die nicht zu unterschätzende Gefahr der Bürokratisierung und Oligarchisierung gegenüber, die erneut auf die sich damit zunehmend dringlicher stellende Frage des Verhältnisses von Führung und Masse verweist, die von der bisherigen Forschung noch keineswegs ausreichend geklärt zu sein scheint; die oftmals behauptete Diskrepanz zwischen Massenwillen und Führungspraxis<sup>147</sup> wird zumindest angesichts des innerorganisatorischen Wahlverhaltens zweifelhaft.

Daß es sich hier um übernationale, strukturelle Probleme handelt, wird deutlich, wenn man berücksichtigt, daß die die tendenzielle Anpassung der gewerkschaftlichen Politik an die Gegebenheiten der kapitalistischen Umwelt begleitende Bürokratisierung der Gewerkschaften sowohl in England (New Unionism), in Frankreich (Syndikalismus) als auch in Deutschland (Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, später: Rätebewegung) scharfe Kritik fand, die sich jedoch nur befristet durchzusetzen vermochte. Es bleibt zu untersuchen, inwiefern innerorganisatorische Demokratie und das Postulat gesamtgesellschaftlicher Emanzipation, das zu realisieren die Gewerkschaften angetreten sind, einander bedingen.

#### 4. Zum Verhältnis von ökonomischer und gewerkschaftlicher Entwicklung

Schon bei der Erörterung von Fragen der Periodisierung und Organisation wurde – wenn auch sehr allgemein – Bezug auf die ökonomische Entwicklung genommen; historische Untersuchungen einzelner Phasen der gewerkschaftlichen Politik gehen da oft sehr viel weiter und gelangen zur kausalen Verknüpfung von wirtschaftlich-konjunktureller und gewerkschaftlich-politischer Entwicklung. So wurde z. B. den konjunkturellen Bewegungen 1890–1895, 1895–1900, 1900–1907 und 1907–1914 eine jeweils verschiedene gewerkschaftliche Entwicklungs- bzw. Mitgliederzuwachsgeschwindigkeit zugeordnet<sup>148</sup>. Symptomatisch für den vorschnellen, weil monokausalen Umgang mit derartigen Formeln sind zum Beispiel Aussagen wie die folgenden für die Zeit von 1890–1895, in der »die Hegemonie des Parteivorstandes [. . .] nur auf der Basis der wirtschaftlichen Depression und der damit gegebenen relativen Ohnmacht der Gewerkschaften aufrechterhalten werden [konnte]«; 1895–1900 habe »die Prosperität die Autonomie der Gewerkschaften« hergestellt<sup>149</sup>.

Ebenfalls mit der wirtschaftlichen Entwicklung direkt in Verbindung gebracht wird in zahlreichen Darstellungen zur Gewerkschaftsgeschichte – z. B. für die Jahre 1853–1857,

147 Vgl. z. B. Werner Raase, Zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften 1914 – 1917 und 1917 – 1919, Berlin – DDR o. J.

148 Siehe z. B. Heinz Langerhans, Partei und Gewerkschaft. Eine Untersuchung zur Geschichte der Hegemonie der Gewerkschaft in der deutschen Arbeiterbewegung 1890 – 1914, Berlin 1972, u. a. S. 18, 31, 37.

149 *Ebda.*, S. 3.

1864/65 und 1868–1873<sup>150</sup> oder die Zeit nach 1871<sup>151</sup> – die Streiktätigkeit bzw. -häufigkeit. So wie bei den genannten Beispielen konjunktureller Aufschwung zu vermehrter Streiktätigkeit in Beziehung gesetzt wird, so wird das Abflauen der Streiktätigkeit z. B. ab 1873<sup>152</sup> auf den Rückgang der konjunkturellen Entwicklung zurückgeführt. Die Verbindung von wirtschaftlicher Situation und Streiktätigkeit sowie Gewerkschaftsmitgliederzahl, d. h. gewerkschaftlicher Entwicklung, will in der Tat einleuchten, handelt es sich doch um konjunkturelle Daten, die von den Gewerkschaften und den Arbeitern selbst bewußt wahrgenommen und somit handlungsorientierend werden konnten. Dies zeigt z. B. ein Artikel aus dem Correspondenzblatt der Generalkommission vom Dezember 1891, in dem darauf hingewiesen wird, daß »sich gegenwärtig in den Gewerkschaften eine überaus starke pessimistische Stimmung bemerkbar [macht]. Es gewinnt den Anschein, als sollte die Meinung Platz greifen, die gewerkschaftlichen Organisationen würden in der gegenwärtig ungünstigen Konjunktur zugrunde gehen und nicht wieder auferstehen [...]«. Allerdings wird man berücksichtigen müssen, daß die Konjunktorentwicklung nur eine Streikbedingung unter anderen ist; sie sagt nichts über den Streikzeitpunkt aus, sondern allenfalls etwas über die latente Streikbereitschaft. Andere Faktoren, die ebenfalls eine Rolle spielen dürften, sind jedoch – z. B. branchenspezifische Daten, die Situation am Arbeitsplatz, politische Orientierung der Arbeiter usw. – schlecht bzw. schwer zu quantifizieren und werden demgemäß vielfach vernachlässigt<sup>153</sup>.

Zu klären ist allerdings der auffallende Unterschied in der Entwicklung der Mitgliedschaft von SPD und Gewerkschaften; während erstere – wie die der Vorfeldorganisationen vom Sänger- bis zum Radfahrerbund – auch in den Jahrzehnten vor dem ersten Weltkrieg unabhängig von konjunkturellen Schwankungen kontinuierlich zunahm, zeigen die Zahlen der Gewerkschaftsmitgliedschaft eine deutliche Abhängigkeit vom wirtschaftlichen Verlauf und deuten damit an, daß die Bedingungen der Ein- und Austrittsmotivation bei Partei- und Gewerkschaftsmitgliedschaft zu unterscheiden sind; für diese Differenzierung fehlen noch insbesondere sozialpsychologisch orientierte Studien<sup>154</sup>. Ein in diesem Zusammenhang zu berücksichtigender Faktor dürfte die relativ hohe Mobilität der Gewerkschafts-, aber auch

150 Siehe z. B. G. A. Ritter / K. Tenfelde, Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften, a. a. O., S. 62.

151 Siehe z. B. W. Ettelt / H.-D. Krause, Die Durchsetzung der marxistischen Gewerkschaftspolitik, a. a. O., S. 1033. Vgl. für die Streikbewegungen ab 1889/90: Hartmut Kaelble / Heinrich Volkmann, Konjunktur und Streik während des Übergangs zum organisierten Kapitalismus in Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 92/II, 1972, S. 513 – 544.

152 So W. Ettelt / H.-D. Krause, Die Durchsetzung, a. a. O., S. 1038, und H.-D. Krause, Gewerkschaften und politischer Kampf, a. a. O., S. 85 f. Es sei hier auf die Schwierigkeiten der Unterscheidung von politischen und wirtschaftlichen Streiks hingewiesen sowie auf die Probleme der Streikstatistik, die kürzlich Wilfried Strenz / Heinzpeter Thümmler, Zur Problematik der Erarbeitung von Streikkarten, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JWG) 1974/II, S. 179 – 199, deutlich gemacht haben. Vgl. auch Walter Steglich, Eine Streiktabelle für Deutschland 1864 – 1880, in: JWG 1960/II, S. 235 – 283.

153 Siehe H. Kaelble / H. Volkmann, Konjunktur und Streik, a. a. O., S. 516 f. und S. 526. Zum Zusammenhang von Konjunktur und Streikbewegung siehe K. Wiedemann, Streik und Streikdrohung. Darstellung und Kritik der theoretischen Beiträge zur Streikproblematik, Herford 1971, bes. S. 42 ff., und J. Bouvier, Arbeiterbewegung und Wirtschaftskonjunkturen, in: *Wirtschaft und Gesellschaft in Frankreich seit 1789*, hrsg. von Gilbert Ziebur und Heinz-Gerhard Haupt, Köln 1975, S. 250 – 265.

154 Siehe dazu auf der Basis von Autobiographien Jochen Loreck, Wie man früher Sozialdemokrat wurde. Das Kommunikationsverhalten in der deutschen Arbeiterbewegung und die Konzeption der sozialistischen Parteipublizistik durch August Bebel, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 220 ff. Zur Einführung in dieses Forschungsgebiet: *Sozialpsychologie*, hrsg. von C. F. Graumann unter Mitwirkung von Lenelis Kruse und B. Kroner, 1. Halbbd.: Theorien und Methoden, 2. Aufl., Göttingen / Toronto / Zürich 1975; 2. Halbbd.: Forschungsbereiche, Göttingen 1972.

der Parteimitglieder sein, die sich gerade in städtischen Industriegebieten bemerkbar machte; daß diese Mobilität der Arbeiterschaft zur Festigung der Führungsposition der zumeist selbsthaften Gewerkschafts- bzw. Parteifunktionäre beigetragen hat, sei nur am Rande vermerkt<sup>155</sup>.

Schwieriger wird der Nachweis eines Zusammenhanges von wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Entwicklung wohl für die Bestimmung des Einflusses langfristiger konjunktureller Trends (der Kondratieffs z. B.); diese dürften kaum von den Zeitgenossen bewußt wahrgenommen worden sein, wenngleich sie sich durch die je nach der konjunkturellen Grundtendenz unterschiedliche Tiefe bzw. Höhe der kurzen Schwankungen dennoch – wenn auch nurmehr sehr indirekt – ausgewirkt haben könnten. Die perzipierte Krisenschwere bzw. Konjunkturblüte kann also über die daraus abgeleiteten Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung mitbestimmend für die Organisationsentscheidung gewesen sein. Allerdings wird man sich der Tatsache bewußt bleiben müssen, daß Fragen des Bewußtseins der Arbeiterschaft gerade auch quellenmäßig sehr schwer zu erschließen sind; hinzu kommt, daß neben der Auswirkung der durch Konjunkturdaten vermittelten wirtschaftlichen Gesamtsituation branchenspezifische ebenso wie auch andere – kaum direkt konjunkturell zu begründende – Faktoren eine Rolle spielen dürften; zu denken ist an den gesamten soziokulturellen Bereich, an Familie, Konfession usw. Insbesondere regionale Unterschiede in der gewerkschaftlichen Entwicklung verdienen unter diesem Aspekt detaillierte Untersuchung. Ganz abgesehen davon sei betont, daß auch die Gründe der konjunkturellen Entwicklung der Wirtschaft selbst noch keineswegs eindeutig geklärt sind<sup>156</sup>.

Es stellt sich also nach wie vor auch für die marxistisch-leninistische Historie das Problem, das »Verhältnis zwischen der materiellen Grundstruktur und dem zu betrachtenden gesellschaftlichen Teilbereich adäquat zu erfassen«<sup>157</sup>, zumal die Vermittlung zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen nicht durch konkretes Material aufgezeigt und theoretisch erklärt ist<sup>158</sup>. Das Postulat, diese Fragen zu beantworten, weist zudem auf die Notwendigkeit hin, die Frage des Verhältnisses von Ökonomie und Politik auch im Rahmen der Gewerkschaftsgeschichtsschreibung nicht nur im Hinblick auf die organisierte (und nicht-organisierte) Arbeiterschaft zu stellen, sondern zudem die organisierte Arbeitgeber- und Angestelltenschaft, das Bürgertum, das Parteiensystem, den Staat und nicht zuletzt konkurrierende Organisationen vor dem Hintergrund der sozio-ökonomischen Entwicklung in den Blick zu nehmen – um nur das Wichtigste zu nennen. Im Zusammenhang der einleitenden Ausführungen zur Geschichte als kritisch-emanzipatorischer Sozialwissenschaft sei allerdings darauf hingewiesen, daß eine Erforschung der eben skizzierten gesellschaftlichen Kräftegruppen nicht »an sich«, d. h. nicht als Selbstzweck, angestrebt wird<sup>159</sup>. Unter diesem Aspekt scheint die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung ebenso am Anfang einer neuen Entwicklung zu stehen wie die (nicht-marxistisch-leninistische) Geschichtswissenschaft als kritische Sozialwissenschaft.

155 Siehe dazu *Dieter Langewiesche*, Wanderungsbewegungen in der Hochindustrialisierungsperiode. Regionale, interstädtische und innerstädtische Mobilität in Deutschland 1880 – 1914, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte (VSWG) 64, 1977, H. 1, S. 1 – 40, S. 38 ff.

156 Vgl. *Reinhard Spree*, Zur Kritik moderner bürgerlicher Krisengeschichtsschreibung, in: *Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft II*, S. 77 – 103.

157 *Wolfgang Küttler / Gerhard Lozek*, Marxistisch-leninistischer Historismus und Gesellschaftsanalyse. Die historische Gesetzmäßigkeit der Gesellschaftsformationen als Dialektik von Ereignis, Struktur und Entwicklung, in: *Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft*, S. 33 – 77, S. 66.

158 Dazu *E. Engelberg*, Über Gegenstand und Ziel, a. a. O., S. 1127.

159 Siehe dazu *D. Fricke*, Bürgerliche Parteien, a. a. O., S. 125 und 137.

### 5. Sozialgeschichte und interdisziplinäre Zusammenarbeit

Daß die Entstehungs- und Entwicklungsbedingungen der oben vorgestellten verschiedenen Gewerkschaftstypen noch immer nicht befriedigend aufgeklärt sind, verweist auf die bereits erörterte methodische Schwierigkeit, die gewerkschaftliche Entwicklung – gerade in Deutschland – nicht nur eindimensional bzw. monokausal aus Veränderungen der wirtschaftlichen Lage zu bestimmen. Offenbar stellt sich hier das Problem der verschiedenartigen Perzeption der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Situation seitens der Arbeiterschaft; die Bedingungen dieser Perzeption – z. B. Einfluß der Kirche, der Familie, des Berufs usw. – sind noch keineswegs hinreichend erforscht.

Das mag nicht zuletzt auf der schwierigen Quellenlage beruhen, der sich der Historiker für fast alle Fragen gegenübersteht, die nicht direkt im Zusammenhang der traditionellen Organisations- und Ideengeschichte liegen. Auf das Problem, das Bewußtsein der Arbeiterschaft einigermaßen zutreffend zu rekonstruieren, ist bereits hingewiesen worden<sup>160</sup>. Zwar wird man sich bewußt sein müssen, daß die Quellen Mittel der Erkenntnis sind, nicht also primär die Formulierung der Fragestellung beeinflussen dürfen; umgekehrt gilt aber auch, daß die erfolgreiche Beantwortung der Fragestellungen durch eine ausreichende Quellenbasis abgesichert sein muß; angesichts der Vielzahl von Quellen gerade für die Geschichte der jüngeren Vergangenheit ist es jedoch erforderlich, Selektionskriterien zu erarbeiten sowie einzelne Quellengruppen bestimmten Fragestellungen zuzuordnen. Ausgehend von dem eingangs vorgestellten Begriff der Geschichtswissenschaft und der hier global zu formulierenden Forschungslücke – Sozialgeschichte (im engeren Sinne) der Arbeiterschaft –, sind mehrere Quellenarten von Interesse; zunächst ist zu denken an die schon traditioneller Auswertung offenen schriftlichen Quellen, wie Aktenvorgänge, Briefe, Berichte, Enquêtes sowie publizierte Materialien vom Liederbuch bis zur Hauspostille, für die jedoch etwaige Zensurbestimmungen – gerade für Zeitungen usw. – in Rechnung zu stellen sind<sup>161</sup>. Fundstelle dieser Quellen werden zumeist öffentliche Archive sein, wobei – im Anschluß an die eben bezeichnete Forschungslücke – Landes-, Provinz- und schließlich Gemeindearchive in zunehmendem Maße heranzuziehen sein werden, um die Geschichtsschreibung allein der führenden Gremien der organisierten Arbeiterbewegung zu überwinden und sowohl Fragen der elementaren Arbeiterbewegung wie den Bereich des außerorganisatorischen Lebens der Arbeiter zumindest teilweise abzudecken. Deutliche Aufschlüsse über die Situation am Arbeitsplatz, über Betriebsstruktur usw. verspricht die Auswertung von Unternehmensarchiven, die indessen (falls überhaupt ergiebig) – in der Bundesrepublik – nicht alle sehr bereitwillig der Forschung geöffnet werden. Hilfe zur Auffindung der jeweils wichtigen Archive bietet neuerdings für den deutschsprachigen Raum ein zweibändiges Handbuch der Archive, das die Staats- und Stadtarchive, Kreis- und Kommunalarchive, kirchlichen, Presse-, Parlaments-, Privat- und Firmen- sowie Werksarchive umfaßt<sup>162</sup>.

Bisher nur zurückhaltend genutzt wurde demgegenüber die Aussagekraft von nicht-schriftlich fixierten Quellen; genannt seien für den Bereich der Sozialgeschichte Bauwerke, Gebrauchsgegenstände, Werkzeuge, Maschinen usw., die zudem der Gefahr der Vernichtung

160 Siehe dazu auch *Leo Uhen*, Gruppenbewußtsein und informelle Gruppenbildungen bei deutschen Arbeitern im Jahrhundert der Industrialisierung, Berlin 1964; *Gerhard Puchta / Eberhard Wolfgramm*, Spontaneität und Keimformen der Bewußtheit in der Frühzeit der deutschen Arbeiterbewegung, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig. Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe VI*, 1956/57, S. 673 – 681; *Werner K. Blessing*, Zur Analyse politischer Mentalität und Ideologie der Unterschichten im 19. Jahrhundert, in: *Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte XXXIV*, 1971, S. 768 – 816.

161 Siehe dazu einführend *Wolfgang Zorn*, Quellen- und Hilfsmittel 1800 – 1970, in: *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, hrsg. von *Hermann Aubin* † und *Wolfgang Zorn*, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 1 – 8.

162 *Minerva-Handbücher: Archive*. Archive im deutschsprachigen Raum, 2 Bde., 2. Aufl., Berlin/New York 1974.

durch industrielle Modernisierungsmaßnahmen unterliegen und von daher besonderer Aufmerksamkeit bedürfen<sup>163</sup>. Diese Zurückhaltung mag auf der vorherrschenden speziell geistesgeschichtlichen Ausbildung der Historiker beruhen, die hier – da sie nicht selbst zu entsprechender Forschungsarbeit fähig sind – die Ergebnisse anderer Disziplinen aufnehmen müßten.

Ebenfalls an der Qualifikation der Historiker dürfte bisher die Verwendung von quantifizierenden Methoden gescheitert sein. Statistische Materialien über demographische Bewegungen, Gewerbeentwicklung, Basisprozesse, Wahlanalysen usw. liegen vor; zu erinnern ist zum Beispiel an die Aufstellungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes über Gewerbe- und Berufsstruktur; es mangelt jedoch an der Auswertung und der Kombination der herausdestillierten Daten, die nicht mehr – etwa wie Dokumente – aus sich selbst interpretierbar sind, sondern der statistischen Aufbereitung bedürfen<sup>164</sup>. Nicht zuletzt aus der methodischen Schmalpurigkeit der bisherigen Geschichtsschreibung über die Gewerkschaftsentwicklung resultiert die perspektivische Überbewertung der Führungspositionen bzw. des Führungspersonals. Gerade hier liegt ein Ansatzpunkt für die Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft für Quantifizierung und Methoden in der historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung e. V. »Quantum«, die sich auf die Förderung der quantitativen historisch-sozialwissenschaftlichen Forschung auch im internationalen Rahmen konzentriert. Allerdings sollten nun nicht zu hoch gespannte Erwartungen an die Statistikauswertung geknüpft werden; so ist vor allem daran zu erinnern, daß die Aufstellung von Statistiken – wenn man das preußische Beispiel verallgemeinern kann – in der Zeit vor 1850 oder auch 1871 keineswegs die heutigen Erfordernisse zum Beispiel an Genauigkeit der Erhebung sowie Trennschärfe und Beständigkeit der Kategorien befriedigt<sup>165</sup>.

Wie gesagt, gibt es jedoch bisher kaum Arbeiten, die den hier erhobenen Ansprüchen genügen; so sei insbesondere auf den Mangel an Untersuchungen zur Geschichte der Arbeiterschaft hingewiesen, den die vereinzelt erschienenen Regionalstudien<sup>166</sup> und auch das monumentale Werk Jürgen Kuczynskis<sup>167</sup> nicht verdecken können, das allerdings durch die Trennung der Angaben zur Lage der Arbeiter von denen zur gesamtgesellschaftlichen Entwicklung genau die erforderliche Integration dieser Daten schuldig bleibt. Trotz des hohen Anspruchs an gesamtgesellschaftlich orientierte Untersuchungen wird man hier, wie gesagt, zurückstecken müssen; auch weiterhin dürfte es also die Regel historischen Arbeitens sein, sich auf Teilaspekte der gesellschaftlichen Realität zu konzentrieren, die jedoch unter Berücksichtigung des Gesamtzusammenhanges darzustellen sind. Gerade vor diesem Hinter-

163 Siehe *Rainer Slotta*, Technische Denkmäler in der Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1975; *Wolfhard Weber*, Technische Denkmäler im Rheinland, Köln 1976, und *Axel Föhl*, Technische Denkmale im Rheinland, Köln 1976.

164 Siehe *Robert Wheeler*, Quantitative Methoden und die Geschichte der Arbeiterbewegung: Möglichkeiten und Grenzen (Referat für die IX. Internationale Tagung der Historiker der Arbeiterbewegung 1973 in Linz), in: *IWK* 10, März 1974, S. 40 – 51, und *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft*. Probleme und Möglichkeiten, hrsg. von *Konrad Jarausch*, Düsseldorf 1976.

165 Siehe dazu *Otto Büsch*, Industrialisierung und Gewerbe im Raum Berlin/Brandenburg 1800 – 1850, Berlin 1971, S. 151 – 212.

166 Vgl. grundsätzlich *Wolfgang Zorn*, Landesgeschichte und Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: *VSWG* 57, 1970, S. 363 – 368, und *Wolfgang Köllmann*, Zur Bedeutung der Regionalgeschichte im Rahmen struktur- und sozialgeschichtlicher Konzeptionen, in: *AfS* XV, 1975, S. 43 – 50. Konkret realisiert bei *Hartmut Zwahr*, Zur Konstituierung des Proletariats als Klasse. Strukturuntersuchung über das Leipziger Proletariat während der industriellen Revolution, Phil. Diss. (B) Leipzig 1974. Für die Gewerkschaften immer noch grundlegend: *Walter Troeltsch / Paul Hirschfeld*, Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften. Untersuchungen und Materialien über ihre geographische Verbreitung 1896, Berlin 1905. Vgl. zu regionalgeschichtlichen Forschungen auch unten Anm. 175.

167 *Jürgen Kuczynski*, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 1 – 38, Berlin – DDR 1961 – 1972; zur Kritik siehe die Rezension in *AfS* XIV, 1974, S. 471 – 542.

grund scheint sich die oben bezeichnete Notwendigkeit historischer Theoriearbeit zu erweisen.

Auch sollten diese Ausführungen nicht dahingehend mißverstanden werden, daß der an Institutionen orientierten Geschichtsschreibung damit die Berechtigung abgesprochen wird; da hier – realistisch – anzunehmen ist, daß die Sozial- als Universalgeschichte eine Zukunftsaufgabe bleiben wird, kann es heute nur darum gehen, eine thematisch weitergespannte Verklammerung der verschiedensten Forschungsbereiche zu leisten; d. h. es geht für die Geschichtsschreibung der Gewerkschaften vor allem um die Integration von Forschungsergebnissen mehrerer Teildisziplinen, wobei alle hier angesprochenen Fragen zudem nicht zuletzt deswegen von Bedeutung sind, weil davon ausgegangen werden kann, daß die alltägliche Erfahrungssituation des Arbeiters, die es zu rekonstruieren gilt, auf die gesellschaftspolitischen Aktivitäten Auswirkungen hat. Zu denken ist zunächst allgemein an Probleme der technischen Entwicklung<sup>168</sup>, an Untersuchungen zur Entwicklung von Arbeitsplatz und Arbeitsprozeß<sup>169</sup>, zur Geschichte des Rechts, vor allem des Arbeits- und Steuerrechts<sup>170</sup>, zur Siedlungs-, Bevölkerungs- und Wanderungsgeschichte<sup>171</sup>, zur Entwicklung des Schulwesens<sup>172</sup> wie des politischen Systems insgesamt, um nur einige Fragenkomplexe zu nennen.

Dabei wäre es für die Geschichte der Arbeiterbewegung – Engelberg hat bereits darauf hingewiesen – besonders interessant zu erfahren, aus welchen Klassen und Schichten die Proletarier kamen, wie sich die einzelnen Berufsgruppen in den verschiedenen Industrie-

168 Siehe grundlegend Reinhard Rürup, Die Geschichtswissenschaft und die moderne Technik. Bemerkungen zur Entwicklung und Problematik der technikgeschichtlichen Forschung, in: *Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft*. Festschrift für Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag, hrsg. von Dietrich Kurze, Berlin / New York 1972, S. 49 – 85. Siehe die beginnende Konkretisierung in den Aufsätzen von Gerd Hardach, Jürgen Kocka und Alain Touraine zu Teil 5 (Technik und Industriearbeit), in: *Moderne Technikgeschichte*, hrsg. von Karin Hausen und Reinhard Rürup, Köln 1975, S. 249 – 307; Wilhelm Treue, Die Technik in Wirtschaft und Gesellschaft 1800 – 1970, in: *Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Bd. 2, S. 51 – 121. Technikgeschichtliche Aspekte werden erfolgreich mit der sozialen und politischen Geschichte verbunden in der *Histoire générale du travail*, hrsg. von L.-H. Parias, 4 Bde., Paris 1959 – 1962; für Deutschland ist nützlich Ernst Michel, Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt, ihrer Krisenformen und Gestaltungsversuche, 4. Aufl., Frankfurt 1960. Zur Einführung: Albrecht Timm, Kleine Geschichte der Technologie, Stuttgart 1964.

169 Außer den in Anm. 168 genannten Arbeiten siehe auch Wolfgang Jonas u. a., Die Produktivkräfte in der Geschichte, Bd. 1, Berlin – DDR 1969; Rolf Sonnemann, Mensch und Maschine – eine historische Betrachtung, in: *Maschinenbautechnik* 23, 1974, S. 442 – 445 und Friedrich-Wilhelm Henning, Humanisierung und Technisierung der Arbeitswelt. Über den Einfluß der Industrialisierung auf die Arbeitsbedingungen im 19. Jahrhundert, in: *Archiv und Wirtschaft* 9, 1976, S. 29 – 59. Als frühe Untersuchung sei noch hingewiesen auf Adolf Levenstein, Die Arbeiterfrage. Mit besonderer Berücksichtigung der sozialpsychologischen Seite des modernen Großbetriebes und der psycho-physischen Einwirkungen auf die Arbeiter, München 1912.

170 Siehe die eher rechtstheoretisch orientierten Arbeiten von Peter Landau, Rechtsgeschichte und Soziologie, in: *VSWG* 61, 1974, S. 145 – 164, und Heinrich Dörner, Industrialisierung und Familienrecht. Die Auswirkungen des sozialen Wandels, Berlin 1974; Günther Bernert, Arbeitsverhältnisse im 19. Jahrhundert. Eine kritische dogmatische Analyse der rechtswissenschaftlichen Lehren über die allgemeinen Inhalte der Arbeitsverträge und Arbeitsverhältnisse im 19. Jahrhundert in Deutschland, Marburg 1972; Andreas Kaiser, Zum Verhältnis von Vertragsfreiheit und Gesellschaftsordnung während des 19. Jahrhunderts, insbesondere in den Auseinandersetzungen über den Arbeitsvertrag, Jur. Diss. Berlin 1973.

171 Siehe D. Langewiesche, Wanderungsbewegungen, a. a. O.

172 Siehe Peter Lundgreen, Quantifizierung in der Sozialgeschichte der Bildung, in: *VSWG* 63, 1976, S. 433 – 453; Peter Flora, Die Bildungsentwicklung im Prozeß der Staaten- und Nationenbildung. Eine vergleichende Analyse, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 294 – 319, und Dietrich Rüschemeyer, Modernisierung und die Gebildeten im kaiserlichen Deutschland. Überlegungen zu einer in Arbeit befindlichen Untersuchung, ebda., S. 515 – 529. Vgl. die Sammelrezension von P. Lundgreen in diesem Band.

zweigen der sozialen Herkunft nach zusammensetzten<sup>173</sup>. Zu beachten ist jedoch, daß die Frage nach der Struktur der Unterschichten bzw. der Arbeiterschaft nicht auf eine »bloÙe Zerlegung einer sozialen Gesamtheit in ihre Bestandteile« sowie auf deren meist quantitative Bestimmung hinauslaufen soll; das bedeutet, daß Arbeiterschaft und Bürgertum nur in ihrem sozialen Zusammenhang, der gegeben ist durch das Lohnverhältnis, analysiert werden können; beide Klassen sind also als Elemente eines Systems zu verstehen, wobei jedes Element wieder eine klasseninnere Gliederung (z. B. nach Tätigkeits- und Berufsgruppen) aufweist. Ziel einer derartigen Untersuchung der Konstituierung der Arbeiterschaft auf regionaler und gewerbespezifischer Ebene ist die Darlegung des Zusammenhanges von sozialer Struktur, Organisation und politischem Bewußtsein, so daß der Rahmen einer tendenziell apolitischen Rekonstruktion der »objektiven Gegebenheiten« überschritten wird<sup>174</sup>.

Schon die wenigen historischen Arbeiten, die zu diesem Themenkomplex in neuerer Zeit veröffentlicht worden sind<sup>175</sup>, zeigen, daß derartige Aufgaben am besten auf regionalgeschichtlicher Basis zu lösen sind, wobei sowohl die Probleme der Stadt-Land-Differenzierung<sup>176</sup> als auch der Verschiebungen innerhalb von Arbeiterschaft und Handwerk zu be-

173 E. Engelberg, Über Gegenstand und Ziel, a. a. O., S. 1132 f.

174 Siehe Hartmut Zwahr, Die Struktur des sich als Klasse konstituierenden deutschen Proletariats als Gegenstand der historischen Forschung, in: *Probleme der marxistischen Geschichtswissenschaft*, S. 235 – 269, S. 246 und 257; ders., Zur Strukturanalyse der sich konstituierenden deutschen Arbeiterklasse, in: BZG XVIII, 1976, S. 605 – 628, und ders., Die Entwicklung proletarischer Gemeinschaftsbeziehungen im Prozeß der sozialen Konstituierung der deutschen Arbeiterklasse, in: *Jahrbuch für Geschichte* 13, 1976, S. 203 – 241.

175 Siehe Rolf Engelsing, Zur Sozialgeschichte deutscher Mittel- und Unterschichten, Göttingen 1973; vgl. auch die Regionalstudien: Jürgen Bergmann, Das Berliner Handwerk in den Frühphasen der Industrialisierung, Berlin 1973; Antje Kraus, Die Unterschichten Hamburgs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1965; Wolfgang Köllmann, Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960; siehe auch Peter Kühn, Materialien zu einer Geschichte der Mannheimer Unterschichten in der Zeit von 1835 – 1862, Bern/Frankfurt 1974; Erich Neuss, Entstehung und Entwicklung der Klasse der besitzlosen Lohnarbeiter in Halle, Berlin – DDR 1958; Rudolph Strauß, Die Lage und die Bewegung der Chemnitzer Arbeiter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Berlin – DDR 1960; Hugo Eckert, Liberal- oder Sozialdemokratie. Frühgeschichte der Nürnberger Arbeiterbewegung, Stuttgart 1968; Walter Fischer, Die Fürther Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis 1870, Rer. pol. Diss. Erlangen / Nürnberg 1965; Ulrich Böttcher, Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung in Bremen von der Revolution 1848 bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890, Phil. Diss. Kiel 1951, Bremen 1953; Heinrich Karl Schmitz, Anfänge und Entwicklung der Arbeiterbewegung im Raum Düsseldorf. Die Arbeiterbewegung in Düsseldorf 1859 – 1878 und ihre Auswirkungen im linken Niederrheingebiet, Hannover 1968; Wolfgang Schmierer, Von der Arbeiterbildung zur Arbeiterpolitik. Die Anfänge der Arbeiterbewegung in Württemberg 1862/63 – 1878, Hannover 1970; Georg Eckert, Die Braunschweiger Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz, T. 1, Braunschweig 1961; Klaus Dieter Schwarz, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1971. Vgl. auch die Beiträge von Wolfgang Köllmann, Dieter Dowe, Hans-Otto Hemmer, Albin Gladen und Kurt Koszyk, in: *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr*. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland und Westfalen, hrsg. von Jürgen Reulecke, Wuppertal 1974. Reichhaltige Materialien stellen die in der Schriftenreihe »Auslese und Anpassung der Arbeiterschaft« innerhalb der »Schriften des Vereins für Sozialpolitik« ab 1905 veröffentlichten Arbeiten bereit.

176 Vgl. zu den in Anm. 175 genannten Arbeiten z. B. Ernst Wolfgang Buchholz, Ländliche Bevölkerung an der Schwelle des Industriezeitalters. Der Raum Braunschweig als Beispiel, Stuttgart 1966; Roland Zeise, Zur sozialen Struktur und zur Lage der Volksmassen auf dem Lande am Vorabend der Revolution von 1848/49 in Sachsen, in: JWG 1968, H. 1, S. 239 – 273; Fritz Schaaf, Der Kampf der deutschen Arbeiterbewegung um die Landarbeiter und werktätigen Bauern 1848 – 1890, Berlin – DDR 1962. Vgl. auch Jens Flemming, Landarbeiter zwischen Gewerkschaften und »Werksgemeinschaft«. Zum Verhältnis von Agrarunternehmern und Landarbeiterbewegung im Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik, in: AfS XIV, 1974, S. 351 – 418.

rücksichtigen sein werden<sup>177</sup>. Allein die Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet macht hier eine Ausnahme, liegen doch dazu inzwischen Arbeiten vor, von denen die von Klaus Tenfelde den wohl bislang erfolgreichsten Versuch einer Integration der gesamten Teilbereiche bietet<sup>178</sup>.

Die Studie Tenfeldes kann denn auch weitestgehend als forschungspraktische Konkretisierung der bisherigen Ausführungen gelten, stimmt diese Arbeit über die Sozialgeschichte der Ruhrbergarbeiterschaft im 19. Jahrhundert doch im Hinblick auf die wissenschaftstheoretische Position mit dem hier vertretenen Konzept überein. Hervorzuheben ist insbesondere, daß Tenfelde – im regionalen Rahmen – auf eine Darstellung der »Gesamtheit bergmännischer Existenz« abzielt und dementsprechend Entstehung und Entwicklung der Bergarbeiterbewegung mit dem gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozeß des vorigen Jahrhunderts verbindet.

Trotz dieser Studie kann jedoch nach wie vor – mit Gerhard A. Ritter und Klaus Tenfelde selbst – festgehalten werden: Es fehlen sektorale und regionale Untersuchungen, »die in sozialhistorischem Erkenntnisinteresse die Vielzahl verfügbarer und z. T. aufbereiteter quantitativer Daten mit anderen einfließenden Verhaltensdeterminanten zu einem Gesamtbild der proletarischen Verhaltensdisposition, wohlmöglich in Gestalt einer ›Theorie der Lage der Arbeiter‹, verbänden und hieraus die Grundzüge kollektiven Verhaltens bestimmten«<sup>179</sup>. Dazu wäre es jedoch zunächst erforderlich, in zahlreichen Einzelstudien die inner- und außerbetriebliche Situation der Arbeiter genauer zu erforschen; Daten über Ortsgröße, Betriebsgröße, Branche, Arbeitsplatz, Arbeitszeit, Lohn, Herrschaftssituation, Konfliktaustragung, soziale Sicherung usw. einerseits müßten mit Angaben über Herkunft<sup>180</sup>, Qualifikation<sup>181</sup>, konfessionelle Bindung, Wohn-<sup>182</sup> und Einkommensverhältnisse<sup>183</sup>, Konsum-<sup>184</sup> und Freizeitverhalten<sup>185</sup>, generatives Verhalten, Familie<sup>186</sup>, Fest-

177 Eine der Arbeit von *Erich Gruner*, *Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert. Soziale Lage, Organisation, Verhältnis zu Arbeitgeber und Staat*, Bern 1968, entsprechende Untersuchung fehlt für Deutschland; vgl. allenfalls für den soziokulturellen Bereich: *Kultur und Lebensweise des Proletariats*. Kulturhistorisch-volkskundliche Studien und Materialien, hrsg. von *Wolfgang Jacobeit* und *Ute Mohmann*, Berlin – DDR 1973; vgl. auch *Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert*, hrsg. von *Günter Wiegelmann*, Göttingen 1973.

178 Vgl. *Max Jürgen Koch*, *Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet zur Zeit Wilhelms II. 1889 – 1914*, Düsseldorf 1954; *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr*; *Klaus Tenfelde*, *Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft, ders., Arbeiterschaft, Arbeitsmarkt und Kommunikationsstrukturen im Ruhrgebiet in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts*, in: *AfS XVI*, 1976, S. 1 – 59 und *ders.*, *Konflikt und Organisation in einigen deutschen Bergbaugebieten 1867 – 1872*, in: *GG 1977*, S. 212 – 235. Siehe auch *Liebetaut Rothert*, *Umwelt- und Arbeitsverhältnisse von Ruhrbergleuten in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts – dargestellt an den Zechen Hannover und Hannibal in Bochum*, Münster 1976. Siehe auch *Lawrence Schofer*, *The Formation of a Modern Labor Force. Upper Silesia, 1865 – 1914*, Berkeley / Los Angeles / London 1975.

179 *G. A. Ritter / K. Tenfelde*, *Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften*, a. a. O., S. 71; diese Lücke ist auch durch die bereits zitierten Untersuchungen etwa von *Zwahr* noch keineswegs geschlossen, ist aber für die Zeit der 70er bis 90er Jahre des 19. Jahrhunderts noch deutlicher.

180 Siehe *Hartmut Kaelble*, *Sozialer Aufstieg in Deutschland 1850 – 1914*, in: *VSWG 60*, 1973, S. 41 – 71.

181 Siehe *Peter Lundgreen*, *Techniker in Preußen während der frühen Industrialisierung. Ausbildung und Berufsfeld einer entstehenden sozialen Gruppe*, Berlin 1975.

182 Siehe *Lutz Niethammer* unter Mitarbeit von *Franz Brüggemeier*, *Wie wohnten Arbeiter im Kaiserreich?*, in: *AfS XVI*, 1976, S. 61 – 134.

183 Siehe *Ashok V. Desai*, *Real Wages in Germany, 1871 – 1913*, Oxford 1968, und *Thomas J. Orsagh*, *Löhne in Deutschland 1871 – 1913. Neuere Literatur und weitere Ergebnisse*, in: *Zeitschrift für die Gesamte Staatswissenschaft* 1969, S. 476 ff.; vgl. auch: *Erhebung von Wirtschaftsrechnungen minderbemittelter Familien im Deutschen Reiche*, bearb. im Kaiserlichen Statistischen Amte, Abteilung für Arbeiterstatistik, Berlin 1909.

184 Siehe *Hans Jürgen Teuteberg / Günter Wiegelmann*, *Der Wandel der Nahrungsgewohnheiten unter dem Einfluß der Industrialisierung*, Göttingen 1972; *B. Bennassar / J. Goy*, *Contribution à l'histoire de la consommation alimentaire du XVe au XIXe siècle*, in: *Annales. Economies, Sociétés, Civilisations 30*, 1975, H. 2/3, S. 402 – 430.

kultur usw. korreliert werden und in gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche sowie regionale und branchenspezifische Entwicklungstrends eingefügt werden, um zu der hier geforderten Theorie zu gelangen, deren wichtigstes Problem dann noch zu lösen wäre: die Klärung des Stellenwerts der einzelnen Größen für die erfragten Grundzüge kollektiven Verhaltens. Mit Rücksicht auf die forschungspraktische Realisierbarkeit dieses Vorhabens bietet sich wohl zunächst eine Reihe von Untersuchungen einzelner Berufs- bzw. Industrieverbände auf regionaler Basis an.

Es sei jedoch nochmals unterstrichen, daß derartige Untersuchungen nicht – in einer Art von »modernem Positivismus« – zum Selbstzweck werden, sondern auf die Darstellung der Bedingungen politischer Artikulation zielen sollten. Gerade im Bemühen der Herausarbeitung bewußtseinskonstituierender Faktoren bietet sich die Berücksichtigung von Forschungsergebnissen der »neuen« Anthropologie an, die gerade im Bereich der Analyse von Attitüden und Mentalitäten Fortschritte gemacht hat, die von der Geschichtsschreibung der Arbeiterbewegung bisher kaum aufgenommen worden sind<sup>187</sup>. Allerdings scheint sich gerade bei der historischen Anthropologie die Gefahr abzuzeichnen, einerseits anthropologische Konstanten überzubewerten, andererseits allzu weitgehende Individualisierungen vorzunehmen<sup>188</sup>. Dennoch scheinen die Ergebnisse der nicht im fachspezifischen Rahmen der traditionellen Geschichtswissenschaft unternommenen Forschungen – zu denken ist zudem an die Wiederbelebung volkswundlich-kulturgeschichtlicher Ansätze – auch für die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung wertvoll zu sein<sup>189</sup>; erinnert sei in diesem Zusammenhang an die Arbeiten von Georg Bollenbeck, Rudolf Braun, Peter N. Stearns und E. P. Thompson<sup>190</sup>, deren Ausweitung auf die Zeiten gewerkschaftlicher Arbeit wünschenswert wäre. So sieht sich die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung vor eine Fülle neuer Fragen gestellt, die in ihrer Bedeutung für die Erforschung auch der organisierten Arbeiterbewegung allzulange unterschätzt worden sind. Von zahlreichen Teildisziplinen wird inzwischen die Geschichte der Arbeiterschaft erforscht, ohne daß eine Integration der Forschungsdiskussion oder gar der Ergebnisse erreicht wäre. Daran zu arbeiten, wird die Aufgabe der nächsten Zukunft sein.

185 Jürgen Reulecke, Vom blauen Montag zum Arbeiterurlaub. Vorgeschichte und Entstehung des Erholungsurlaubs für Arbeiter vor dem Ersten Weltkrieg, in: AfS XVI, 1976, S. 205 – 248. Siehe auch Edward Shorter, »La Vie intime«. Beiträge zu seiner Geschichte am Beispiel des kulturellen Wandels in den bayerischen Unterschichten im 19. Jahrhundert, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 530 – 549.

186 Siehe Sonderheft der *Annales*. *Economies* 27, 1972 (H. 4/5), sowie Werner Conze (Hrsg.), *Sozialgeschichte der Familie in der Neuzeit*. Neue Forschungen, Stuttgart 1976.

187 Siehe Thomas Nipperdey, Die anthropologische Dimension der Geschichtswissenschaft, in: *Geschichte heute*, S. 225 – 255; zur Einführung: Rolf Sprandel, Historische Anthropologie. Zugänge zum Forschungsstand, in: *Saeculum* 27, 1976, H. 2, S. 121 – 142. Als frühe Arbeit vgl. Otto Rühle, *Illustrierte Kultur- und Sittengeschichte des Proletariats*, Berlin 1930.

188 Siehe H. Schleier, *Theorie der Geschichte*, S. 35.

189 Siehe *Kultureller Wandel im 19. Jahrhundert*; vgl. dazu Alf Lüdtke, Zum Problem des kulturellen Wandels im 19. Jahrhundert, in: AfS XIV, 1974, S. 623 – 630.

190 Georg Bollenbeck, Zur Theorie und Geschichte der frühen Arbeiterlebenserinnerungen, Kronberg/Ts. 1976; Rudolf Braun, Sozialer und kultureller Wandel in einem ländlichen Industriegebiet (Zürcher Oberland) unter Einwirkung des Maschinen- und Fabrikwesens im 19. und 20. Jahrhundert, Erlenbach 1965; Peter N. Stearns, Die Herausbildung einer sozialen Gesinnung im Frühindustrialismus. Ein Vergleich der Auffassung französischer, britischer und deutscher Unternehmer, in: *Soziologie und Sozialgeschichte*, S. 320 – 342; ders., Adaptation to Industrialization: German Workers as a Test Case, in: *Central European History* 3, 1970, S. 303 – 331; ders., *Lives of Labour. Work in a Maturing Industrial Society*, London 1975; zu E. P. Thompson siehe oben Anm. 84. Vgl. auch *Proletarische Lebensläufe*. Autobiographische Dokumente zur Entstehung der zweiten Kultur in Deutschland, hrsg. von Wolfgang Emmerich, Bd. 1: Anfänge bis 1914, Reinbek 1974; *Annals of Labour*. Autobiographies of British Working-Class People, 1820 – 1920, ed. by John Burnett, Bloomington/London 1974.